Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 290

Nr. 6. **Magdeburg, Dienstag den 9. Januar 1906.** **17. Jahrgang.**

Wahlrechts-Schakale.

Den mit soviel Begeisterung und Opfermut geführten Wahlrechtskämpfen der österreichischen Arbeiterschaft, den Riesendemonstrationen und glänzenden Massenkundgebungen, die ein Aufgebot von Menschenmassen zeigten wie nie zuvor, sind einige Wochen der Pause und verhältnismäßiger Ruhe gefolgt. Der Hauptaufmarsch vollzog sich am 28. November, dem Termin des eintägigen Generalstreiks. Seit diesem Tage ist es stiller geworden, so daß der Fernstehende den Eindruck gewinnen muß, als hätten die Arbeiter den Kampf auf der ganzen Linie aufgegeben. Aber wer aus der Ruhepause einen solchen Schluß ziehen würde, der befände sich auf dem Holzweg. Viel eher könnte man den scheinbaren Frieden mit jener Ruhe vergleichen, die einem Gewitter vorausgeht. Einem Gewitter, das sich mit furchtbarer Gewalt entladen wird, wollte man es heraufziehen lassen, indem man gegebene Versprechungen fälscht.

Am 28. November hat sich Freiherr v. Gautsch im Parlament zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht bekannt und für Mitte Februar eine diesbezügliche Regierungsvorlage in Aussicht gestellt. Er hat dieses Versprechen noch einmal im Parlament wiederholt und hinzugefügt, daß, je mehr die Regierung sich in das Problem der Wahlreform vertiefe, d. h. je mehr sie das einschlägige Material prüfe, desto mehr verschwänden bei ihr die Zweifel über die Durchführbarkeit der angestrebten Reform. Die Arbeiter haben diese Verheißungen zur Kenntnis genommen und im Parlament haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Adler, Daszynski und Rieger klipp und klar erklärt, daß es für das Proletariat in der Frage kein Zurück mehr gibt. Und so aufregend die Nachricht, daß die betreffende Regierungsvorlage erst im Februar dem Abgeordnetenhaus zugehen werde, auch gewirkt hat — die Arbeiter haben ihren Unwillen niedergezwungen und warten nun, Gewehr bei Fuß, ab, wie die Regierung im Februar ihr Versprechen einzulösen gedenkt. Herr v. Gautsch kann sich also nicht beklagen, daß er bei der Ausarbeitung der Vorlage von der „Straße" gestört würde.

Die Arbeiter warten und werden vorläufig nichts unternehmen, was die geschwornen Feinde der Reform als willkommene Störung auslegen könnten. Und das, trotzdem die Arbeiterschaft nur mit dem stärksten Mißtrauen der Unterbreitung der Regierungsvorlage entgegenblickt. Sie kann die Empfindung nicht loswerden, daß Herr v. Gautsch bereit sein wird, den gehässigen Gegnern der Reform Konzessionen zu machen und dadurch das große Werk zu verderben.

Daß die Parteien, die ihre heutige Kraft und Macht dem Privilegien-Wahlrecht verdanken, von der in Aussicht gestellten Wahlreform nicht sehr erbaut sind, erscheint begreiflich. Und daß es ihnen schwer fällt, sie für eine Verschlechterung der Reform zu gewinnen, leuchtet ein. Von Gerechtigkeitsgefühl wurden sie nie geplagt und den politischen und sozialen Erfordernissen der modernen Zeit stehen sie als rückständige Parteien verständnislos gegenüber. Von selbstsüchtigen Parteiinteressen beherrscht, prüfen sie jede Reform von dem Gesichtspunkt aus, ob sie ihrer Partei Nutzen oder Schaden bringen wird. Die Volksinteressen kommen dabei erst in zweiter Linie oder gar nicht in Betracht. Vor dem gleichen Rechte aller haben sie eine heillose Angst und sie wissen sehr genau: warum. Sie fürchten das Strafgericht des Volkes, gegen das sie sich so häufig vergangen.

Wenn diese Parteien sich nicht offener gegen die Wahlreform auflehnen, so daß es den Anschein hat, als wäre das gesamte Parlament mit Ausnahme des Adelspacks für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, so hat das seinen Grund darin, weil die ganze öffentliche Meinung für die Wahlreform plädiert und sie sich nicht gern dem Vorwurf aussetzen wollen, den Staat in schwere innere Unruhen gestürzt zu haben. Die Situation ist ihnen über den Kopf gewachsen: sie wollen nicht weniger demokratisch erscheinen als die Regierung sich gibt und haben das Gefühl, daß angesichts der aufgeregten und zum Losschlagen bereiten Massen die Wahlreform auch ohne sie gemacht werden könnte. Wer die österreichische Verfassungsgeschichte kennt, der weiß von Oktroyierungen zu erzählen. Wird aber die Wahlreform ohne sie gemacht, dann kann sie auch leicht gegen sie gemacht werden, ein Umstand, der bei dem Vorhandensein großer nationaler Differenzen schwer ins Gewicht fällt. Darum glauben sie, daß sie, nachdem es einfach unmöglich geworden ist, gegen den Strom zu schwimmen, noch immer am besten fahren, wenn sie sich der Notwendigkeit der Wahlreform nicht verschließen und sich resigniert in das unabwendbare Schicksal fügen. Gar mancher, der für die Wahlreform stimmen wird, wird es unter stummen Verwünschungen tun. Ehrliche, überzeugte Anhänger hat das allgemeine, gleiche Wahlrecht im österreichischen Abgeordnetenhaus verzweifelt wenig.

Haben sie also wohl nicht den Mut, zu der Wahlreform klar und deutlich nein zu sagen, so geben sie doch die Hoffnung nicht auf, daß es möglich sein wird, die Reform zu verhunzen. Dabei spekulieren sie darauf, daß die Minierarbeit zur Verfälschung der Wahlreform nicht von der eignen Partei, sondern von einer andern ausgeht, um bei dem schmutzigen Geschäft so unschuldig als möglich zu erscheinen. In ihrer Hoffnung werden sie nun durch die Existenz der christlich-sozialen antisemitischen Partei nicht unerheblich gestärkt. In Herrn Lueger erwächst ihnen gegen die Wahlreform ein Bundesgenosse, von dem sie wissen, daß er zu jeder Schurkerei fähig ist. Und der Mann, der einst die Wiener sozialdemokratischen Arbeiter, die am 1. Mai in den Prater ziehen, Lumpen geschimpft hat, hat auch bereits die Formel ausgesprochen, unter der die Wahlreform verdorben werden soll. Sie lautet: fünfjährige Seßhaftigkeit und Wahlpflicht.

Die christlich-soziale Partei unter Führung des Lumpenbürgermeisters von Wien beschränkt sich hauptsächlich auf Wien und Niederösterreich. Mit den ausgesprochenen Klerikalen, die ihren großen Anhang in den Alpenländern haben, liegt sie selbst, z. B. in Tirol, in heftigem Konflikt. Dafür beherrscht sie Niederösterreich gründlich: sie hat den Gemeinderat von Wien und den Landtag völlig in ihrer Hand. Die Kleinbürger und Bauern folgen willig den Diktaten Luegers. Blind und taub gegen Vernunft und Logik, denkfaul und borniert, nehmen sie an den Infamien des charakterlosesten aller Demagogen keinen Anstoß. Je ordinärer er die Arbeiter verleumdet, desto lebhafter applaudieren sie. Doch die Herrschaft Luegers über Wien und Niederösterreich hat ein brüchiges Fundament: die reaktionären Wahlordnungen für Reichsrat, Landtag und Gemeinde. Mit jeder fortschrittlichen Reform der Wahlordnungen bröckelt von der Herrschaft des größenwahnsinnigen Pfaffenknechtes ein Stück ab. In dem Augenblick, in welchem durch eine gerechte Wahlordnung die Arbeiter mit den andern Klassen der Bevölkerung politisch gleichgestellt werden, bricht die Lueger-Herrschaft elend zusammen: sie baut sich auf auf der Rechtlosigkeit der Massen.

Lueger ist ein viel zu geriebener Demagoge, als daß er auf die Frage: allgemeines, gleiches Wahlrecht? mit nein antworten würde. Der „Volksbürgermeister" packt die Sache anders an, um für seine Partei soviel als möglich zu retten: er schmuggelt in das allgemeine, gleiche Wahlrecht Bestimmungen ein, die Hunderttausende von Arbeitern rechtlos machen müssen. Für das Regime Luegers ist jeder Arbeiter, der um sein Recht betrogen wird, ein Gewinn. Er weiß, daß in Wien allein ungezählte Tausende Arbeiter außerhalb der Wahlberechtigung bleiben, ihm demnach nicht gefährlich werden können, wenn nur derjenige das Wahlrecht besitzt, der zur Zeit der Wahl fünf Jahre ununterbrochen in ein und derselben Gemeinde seßhaft ist. Um seine Herrschaft in Wien und Niederösterreich zu stützen, schreckt Lueger nicht zurück, auch Hunderttausende Proletarier, die im übrigen Oesterreich zerstreut wohnen, um ihr gutes Recht zu betrügen! Die Verworfenheit dieses Menschen kennt eben keine Grenzen.

Die gegenwärtige Reichsratswahlordnung setzt zur Wahlberechtigung eine sechsmonatige Seßhaftigkeit voraus. Es hätte bestimmt niemand eine Verlängerung der Dauer der Seßhaftigkeit gefordert, wäre nicht dem christlichen Demokraten rechtzeitig die wirklich teuflische Bosheit eingefallen. Daß jede Verlängerung der Seßhaftigkeit — man muß dabei nicht gleich an fünf Jahre denken — ein schamloser Rechtsraub ist, ficht den Lumpen auf dem Wiener Bürgermeisterstuhl nicht im geringsten an.

Es ist nun gar nicht ausgeschlossen, daß die Regierung dem Drängen des christlich-sozialen Gesindels nachgibt und auf eine Verlängerung der bisher halbjährigen Seßhaftigkeit besteht. Gerüchtweise verlautet, daß die Regierung an eine zweijährige Seßhaftigkeit denke. Am 28. November hat Herr v. Gautsch über diese Frage eine verdächtige Aeußerung fallen lassen. Er erklärte ausdrücklich, daß die Regierung — aus wahltechnischen Gründen — gegen eine Verlängerung der Seßhaftigkeit nichts einwenden würde und das in einem Atem mit der Versicherung, daß bestehende Rechte — z. B. das Wahlrecht der Analphabeten — nicht angetastet werden dürfen! Sollte der Kuhhandel zwischen Lueger und Gautsch bereits perfekt sein?

Daß die sogenannten „freiheitlichen" Parteien des Bürgertums aus den obenerwähnten Motiven einer Ausdehnung der Seßhaftigkeitsdauer keinen energischen Widerstand entgegensetzen werden, liegt auf der Hand. Je weniger sie die Wahlreform als solche abwehren können, um so lieber stimmen sie jeder Verschlechterung zu. Und das auch dann, wenn der Lump Lueger der Anreger dazu ist. Das ist die Ueberzeugung aller Arbeiter und darum schauen sie nur mit dem größten Mißtrauen der Regierungsvorlage und den Verhandlungen im Parlament entgegen.

So stürmisch das letzte Drittel des verflossenen Jahres gewesen, das Jahr 1906 wird vielleicht noch heftigere Stürme, noch gewaltigere Kämpfe bringen. Denn unbeugsam ist der Wille des Proletariats: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ohne Verfälschung. Ein Luegerwahlrecht, das gleichbedeutend ist mit niederträchtigem Rechtsraub, wird die österreichische Arbeiterschaft nicht akzeptieren. —

e. r.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 8 Januar 1906.

Reichstagsarbeit.

Den Reichstag, der am Dienstag wieder zusammentritt, erwartet ein ganzer Berg von Arbeit. Neben dem Etat wird er die Reichsfinanzreform und die Flottenvorlage zu erledigen haben, und da er noch immer kein preußisch-deutsches Idealparlament ist, wo man bloß abstimmt und nicht redet, eröffnen sich für die allgemeine Reichswirtschaft wieder die traurigsten Aussichten. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" rät darum jetzt schon, man möchte doch um Gottes und aller Heiligen willen wenigstens „die wichtigsten Teile des Etats" bis zum 1. April fertigstellen, wahrscheinlich wird es aber auch diesmal ohne die Schlamperei der Budgetprovisorien nicht abgehen. Alljährlich im Sommer äußert die sozialdemokratische [illegible] den Wunsch, daß das Reichsparlament rechtzeitig d. h. möglichst früh einberufen werde; sie zeigt sich aber damit allemal viel besorgter um die Aufrechterhaltung einer vernünftigen Ordnung in der Reichswirtschaft, als es die berufenen Ordnungsstützen sind. Graf Posadowsky hat es jüngst als das wichtigste Recht der Krone gepriesen, daß sie die Kerls nach Hause schicken kann, wenn es ihr beliebt, und zur Bewilligungsarbeit berufen kann, so spät es ihr gefällt, und der verantwortliche Reichskanzler macht von diesem geheiligten „Kronrecht" den ausgiebigsten Gebrauch, ohne zu bemerken, wie majestätsbeleidigend eine Regierungspolitik ist, die die Unterbindung der gesetzgeberischen Arbeit als schönstes Vorrecht betrachtet.

Was aber diese Arbeit selbst betrifft, so hat der Schäfer Thomas im „Simplicissimus" ganz richtig prophezeit, daß der deutsche Bürger in diesem Jahre seine Tabaksteuer und noch einiges andre mehr auf dem Altar des Vaterlandes opfern wird. Die „Germania" hat dieser Tage einem Zentrumsparlamentarier das Wort gegeben, der die Sache mit der Reichsfinanzreform gar nicht so schlimm und die bestehenden Verbrauchssteuern gar nicht zu hoch findet. Dem unvorsichtigen Ausplauderer ist denn die „Kölnische Volkszeitung" freilich schnell über den Mund gefahren. Dennoch findet die „Kreuzzeitung", daß die Aussichten der Finanzreform „gar nicht so trübe seien, wie vielfach angenommen werde", und daß „im Zentrum die Neigung, mit den verbündeten Regierungen eine Verständigung zu suchen, allmählich an Boden gewinnen wird".

Das ist auch unsre Meinung. Desto trüber aber werden die Aussichten für den deutschen Arbeiter, und desto mehr dürfte in den Massen des katholischen Proletariats die Neigung an Boden verlieren, mit der verräterischen Zentrumspartei irgendwelche weitere Verständigung zu suchen. Die Dinge gehen ihren Weg! —

Das Weißwaschbuch.

Die schwere Anklage, die die französische Regierung [illegible] die Veröffentlichung ihrer Dokumentensammlung gegen [illegible] deutsche Diplomatie erhob, sollte bekanntlich durch [illegible] deutsche Gegenkundgebung, ein „Weißbuch", „völlig [illegible]tet" werden. Die deutsche regierungstreue Presse [illegible] seit Wochen in dunklen Anspielungen auf die [illegible], Frankreich zermalmenden Feststellungen, die das deutsche Weißbuch enthalten werde.

Jetzt, wo dieser Zeitpunkt heranrückt, zu dem das geheimnisvolle Produkt erscheinen muß, erklärt aber auf einmal die offiziöse „Kölnische Zeitung", man möge nur ja auf keine Sensation rechnen, da in den Veröffentlichungen der deutschen Regierung alles vermieden sei, was den lieben Nachbarn im Westen peinlich sein könnte, und der Berliner „Lokal-Anzeiger" setzt sogar eine sehr überlegene Miene auf, um zu versichern, die deutsche Regierung veröffentliche nur den

zehnten Teil ihres Materials, und wenn sie die andern neun Zehntel verschießen wollte, würden sich ganz fürchterliche Dinge ereignen.

Man braucht kein Freund starker Worte zu sein, und wird doch nicht umhin können, eine solche Methode der Polemik als infam und hinterhältig, lächerlich und feige zugleich zu bezeichnen. Wenn nur ein Wort wahr wäre an der Behauptung, daß die französischen Diplomaten irgend ein geheimes Unrecht begangen hätten, so würde die deutsche Regierung durch offene Aussprache dessen was ist, ihre Stellung gegenüber dem deutschen Volke verbessern — was sie sehr nötig hat — und die Stellung der französischen Regierung gegenüber ihrem eignen Volke verschlechtern — was der deutschen Regierung gleichfalls nicht vom Uebel wäre. Und am Ende könnte eine solche offene Aussprache nur dem Frieden dienen.

Solange aber der Gegenbeweis durch Veröffentlichung der sagenhaften neun Zehntel nicht erbracht ist, wird alle Welt das Gehabe der deutschen Reptilienpresse nur für den hilflosen Schwindelversuch einer ungeschickten Diplomatie halten, die in der Falle sitzt und der nichts andres mehr einfällt als dunkle Andeutungen und alberne Drohungen. —

Die Chemnitzer Reichstagswahl.

Während der nächsten fünf Wochen steht das sächsische Manchester, die „Stadt voll Rauch und Ruß", und seine ebenfalls industriereiche Umgebung im Zeichen des Wahlkampfes. Der Termin der durch Schippels Mandatsniederlegung notwendig gewordenen Reichstagsnachwahl ist auf den 13. Februar festgesetzt. Noch sind die Parteien nicht in die Oeffentlichkeit getreten. Erst soll die Festtagsstimmung sich legen. Nur die Kandidaten sind aufgestellt.

Fertig zum Kampfe steht unsre Partei. So unerwartet die Mandatsniederlegung Schippels den Genossen kam, so schnell wurde die Kandidatenfrage erledigt. Am 20. November teilte die Chemnitzer „Volksstimme" die Mandatsniederlegung Schippels mit, am 27. November wurde von einer im „Volkshaus" tagenden, von 1700 Genossen besuchten Versammlung Genosse Redakteur Noske als Kandidat aufgestellt.

In die Reihen der „Ordnungs"parteien brachte die Mandatsniederlegung Schippels die größte Verwirrung. Schon die Kandidatenfrage verursachte den Leutchen die größten Kopfschmerzen. Es wollte sich für die Durchfallskandidatur niemand finden. Schließlich wurde der Kommerzienrat Hermsdorf als „Ordnungs"-Kandidat präsentiert. Wohl ist das Kartell, das berüchtigte, begraben. Aber die feindlichen Brüder, so sich konservativ und nationalliberal nennen, fanden sich wieder zusammen, in dem Glauben, der Sozialdemokratie könne durch eine gemeinsame Kandidatur der Kreis entrissen werden. Politische Kindsköpfe nur können besonders bei den gegenwärtigen sächsischen politischen Verhältnissen einen solch absurden Gedanken hegen. Ein Blick auf die Konstellation der Parteien bei der letzten Reichstagswahl zeigt [illegible]

Von 61 430 Wahlberechtigten gingen 1903 51 048 Wähler an die Urne. Für Schippel wurden abgegeben 34 264 Stimmen, auf den Kartellkandidaten entfielen 13 084, auf den Freisinnigen 3703 Stimmen, der Rest war zersplittert. Gegen 1898 hatte unser Kandidat ziemlich 10 000 Stimmen mehr erhalten. Und da glaubt man im bürgerlichen Lager, der Sozialdemokratie könne der Kreis streitig gemacht werden!

Wie kam nun die Kandidatur Hermsdorf zustande. Ein echter und rechter Kuhhandel ist abgeschlossen worden. Hermsdorf soll — so plauderte ein Intimus, der antisemitische Landtagsabgeordnete für Chemnitz-Land, Bankdirektor Ullrich, aus — als Lohn für seinen etwaigen — soll heißen unzweifelhaften — Durchfall einen Platz in der Ersten sächsischen Kammer erhalten!

Die Freisinnigen hatten sich von vornherein bei der Aufstellung der Kandidatur Hermsdorf beiseite gestellt; sie werden einen Zählkandidaten aufstellen. In der Versammlung des Nationalliberalen Vereins, die Stellung zu der von den Konservativen und den Antisemiten präsentierten Kandidatur Hermsdorf nahm, waren ganze 27 Männlein beisammen; von diesen stimmten 16 für, 11 gegen diese Kandidatur. Der Ruf nach einem „entschieden liberalen" Kandidaten war umsonst. Nun es aber bekannt geworden, daß dieser Mann für seine patriotische Tat der Kandidaturannahme einen Sitz in der ersten Ständekammer erhalten soll, laufen auch die Nationalliberalen Sturm gegen diese Kandidatur und wollen mit den Freisinnigen gehen.

Es ist ein Schauspiel für . . . unsre Genossen, diese „Einigkeit" der bürgerlichen Gegner. Die Sozialdemokratie allein steht da, klar zum Gefecht. Ihr wird nicht nur der Sieg werden, sie wird auch dafür sorgen, daß eine gesteigerte Stimmenzahl am Tage der Wahl zugleich zum kraftvollen Protest wird gegen das sächsische Klassenwahlunrecht, dem die Dezembermonstrationen des vorigen Jahres im ganzen Lande gegolten haben. —

Die französischen Senatswahlen.

Am gestrigen Sonntag ist ein Drittel des Senats neu gewählt worden. Unser Pariser Korrespondent schreibt uns dazu:

„Wenn diese Zeilen erscheinen, werden die Wahlen zum Senat, die am 7. Januar vor sich gehen, vollzogen sein. Irgend eine entscheidende Wendung im politischen Leben Frankreichs ist von der Erneuerung eines Drittels der Senatoren nicht zu erwarten. Der Senat übt, bildlich gesprochen, die Funktion einer Bremse am Staatswagen aus. Gewählt werden die Senatoren auf 9 Jahre. Ein Drittel scheidet alle 3 Jahre aus. Wahlberechtigt sind die General- und Arrondissementsräte (Provinz- und Kreisabgeordnete) und die Gemeindevertretungen. Das Wahlrecht ist also ein indirektes.

Da die Wahl der General-, Arrondissements- und Munizipalräte mit den Senatswahlen in keinem direkten Zusammenhang steht, ist von einer eigentlichen Wahlbewegung keine Rede. Nur da, wo die Konkurrenz um die Futterkrippe eine besonders große ist, werden die „Wählermassen" besonders stark mit bedrucktem Papier usw. bombardiert. Davon merkt man aber in der breiten Oeffentlichkeit nicht viel. In politischer Hinsicht steht die Richtung der Wähler mehr oder weniger schon vor den Wahlen fest, so daß nur bei zweifelhaften Mehrheiten die Agitation und der „vielversprechendste" Kandidat auf das Resultat der Wahlen einen Einfluß hat. Die Wahl ist eigentlich nichts weiter als eine Krippenbeißerei zwischen den verschiedenen bürgerlichen Kandidaten.

Die Aussichten der sozialdemokratischen Partei sind unter den gegebenen Umständen nur sehr geringe. Es sind zwar die Wahlen zu den Munizipalitäten, Arrondissements- und Generalräten auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebaut, aber erfahrungsgemäß wirken bei diesen Wahlen nicht so sehr die großen politischen Gesichtspunkte mit, als vielmehr lokale Interessen. Dazu kommt, daß die Partei die Wahlen zu den Arrondissements- und Generalräten bisher ziemlich vernachlässigt hat, was sich aus der früheren Uneinigkeit und der bisherigen Schwäche der Parteiorganisationen erklärt. Es ist möglich, daß bei den Wahlen am Sonntag der eine oder andre Parteikandidat gewählt wird, jedoch sind die Aussichten, speziell in den zur Wahl stehenden Kreisen, nicht sehr große.

Mögen die Wahlen ausfallen wie immer, als feststehend kann angenommen werden, daß der Senat nach wie vor in ökonomischen Fragen urreaktionär bleiben wird. Ob nun mehr „entschiedene Republikaner" oder mehr „ministerielle Demokraten" — um schöne Namen ist man hierzulande nie verlegen — gewählt werden, die kapitalistischen Interessen sind die gleichen. Einen Einfluß können die Wahlen höchstens auf die bevorstehende Präsidentenwahl ausüben. Von der Größe der republikanischen Mehrheit des Senats wird der Ausgang der Präsidentenwahl abhängen."

Die Prophezeiung unsres Korrespondenten ist in Erfüllung gegangen. Der Telegraph meldet, daß „in dem Besitzstand keine wesentliche Aenderungen erfolgt seien". Die Radikalen hätten fünf Sitze gewonnen! 34 Stichwahlen seien erforderlich; auch deren Ergebnis werde die alte Mehrheit der Republikaner nicht erschüttern.

Die Sozialisten haben einige Mandate erhalten. In Marseille ist Flaissieres, ehemaliger Bürgermeister der Hafenstadt, und in Montpellier ist ebenfalls ein Sozialist durchgedrungen. So berichtet wenigstens der bürgerliche Telegraph. Wir werden abzuwarten haben, ob die Meldung zutrifft und ob die sozialistischen Erfolge auf die beiden genannten Bezirke beschränkt geblieben sind. —

Die russische Revolution.

An den Ufern des Schwarzen Meeres.

Wie dem Londoner „Standard" aus Odessa berichtet wird, haben die Revolutionäre in Noworossisk, einer Hafenstadt am Auslauf des Kaukasus, eine Republik begründet. Nach heftigen Kämpfen, in welchen die Aufständischen Sieger blieben, übernahmen sie sämtliche Zweige der städtischen Verwaltung. Der frühere Gouverneur wurde ins Gefängnis gesteckt. 1200 Kosaken haben ihr Einverständnis mit dem neuen republikanischen Regime erklärt und sind jetzt als republikanische Garde tätig.

Die republikanischen Führer von Noworossisk erklären, daß sie sich jedem Versuche, ihre Unabhängigkeit zu unterdrücken, hartnäckig widersetzen werden. Der Provinzial-Gouverneur erklärt, daß die Heranziehung von mindestens 40 000 Truppen erforderlich wäre, um die Stadt wieder zu erobern. Die russische Regierung entsandte das Schlachtschiff „Pantoleimon" (früher „Potemkin") mit einigen kleineren Kriegsschiffen, um Noworossisk zu bombardieren.

Die Rache der Soldateska.

Aus Riga wird der Scherlpresse auf Umwegen telegraphiert:

Als die Arbeiter und Frauen, die in der Fabrik Prowodnik eingeschlossen waren, ihre Freilassung verlangten, um Nahrung einnehmen zu können, erklärte der Wachkommandeur Oberst Meydel, sie sollten binnen fünf Minuten die Mörder nennen, sonst würde er schießen lassen. Die Arbeiter weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Meydel befahl nun, Kanonenschüsse in den Fabriksaal abzugeben. Das geschah und über hundert Arbeiter wurden getötet.

Nun brach eine furchtbare Panik aus, die Arbeiter suchten zu fliehen, wurden aber von den Soldaten mit Schüssen zurückgejagt. Wieder gab es viele Tote. Darauf wurden drei Mörder ausgeliefert. Jetzt ließ Oberst Meydel die Weiber, nachdem sie auf Waffen untersucht worden waren, ziehen. Die Männer lieferten später noch vierzig Delegierte aus, welche gesetzmäßig die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten, und wurden darauf gleichfalls freigelassen. Die Delegierten blieben in Haft. Sie müssen bis Donnerstag früh 10 Uhr die Mörder nennen, sonst werden sie sämtlich gehängt.

Unter „Mördern" versteht die gutgesinnte Presse jene Freiheitskämpfer, die eine Dragonerpatrouille niedermachten, nachdem diese in kosakischer Manier unter den Arbeitern gewütet hatte

Letzte Nachrichten.

* **Petersburg, 7. Januar. Seit mehreren Wochen sind die Militärbehörden ohne Nachricht aus den transkaspischen Provinzen. Anderseits liefen ernste Meldungen ein über die Zustände in Transkaukasien und Sibirien. Die Behörden haben den Belagerungszustand über 25 Militärdistrikte Sibiriens verhängt. —**

* Petersburg, 7. Januar. Aus zahlreichen Provinzen laufen fortgesetzt Meldungen ein über die wachsende Hungersnot.

* **Warschau, 7. Januar. Im Gouvernement Grodno ist in dem Bezirk Kobryn ein Bauernaufstand ausgebrochen. Als 600 Bewaffnete das Palais des Gutsbesitzers Jelensky belagerten, eilte eine Eskadron Dragoner herbei, feuerte und tötete 20 Männer und Frauen. Dasselbe ereignete sich im benachbarten Skirmunts und Molodowo. Hier wurden viele Personen getötet oder verletzt. Die Gutsbesitzer flüchten vor den bewaffneten Bauernbanden. —**

* Petersburg, 8. Januar. Nunmehr macht der Generalgouverneur der baltischen Provinzen bekannt, daß er bei jedesmaligem Niederbrennen eines Gutes alle Bauernhöfe im Umkreise von 25 Kilometer durch die Truppen niederbrennen lassen wird. Ebenso hat er bekannt gemacht, daß die Bauern für die Unantastbarkeit der Monopolbuden haften, deren Zerstörung epidemisch geworden ist.

* Wien, 8. Januar. **Aus Sanok in Galizien wird gemeldet: Die jüngeren Beamten der Bezirkshauptmannschaft hatten ungeachtet des Beschlusses zahlreicher Vereine, mit Rücksicht auf die Lage der Polen in Rußland heuer in Galizien keine Karnevalsfeste zu veranstalten, die adligen Familien zu einem Picknick in die Säle des Sanoker Kasinos eingeladen. Als gegen 10 Uhr der Tanz eröffnet wurde, hatten sich um das Kasino Hunderte von Arbeitern zusammengerottet, johlten, lärmten und stimmten das Lied der Arbeit an. Da diese Demonstration ohne Wirkung blieb, wurden alle Fenster des Ballsaales durch ein Steinbombardement zertrümmert. Die Demonstranten drangen in den Ballsaal ein und zwangen die Festteilnehmer zum Verlassen des Saales. —**

Aus der Parteibewegung.

100 000 Abonnenten hat der „Vorwärts" jetzt. Er feiert dieses Ereignis durch Herausgabe einer Extranummer, die geschichtliche Erinnerungen aus der Geschichte des Blattes enthält, außerdem Beiträge von Kautsky, Singer und Bebel. Bei der gewaltigen Stimmenzahl, die im Verbreitungsgebiet des „Vorwärts" auf die Kandidaten der Sozialdemokratie entfällt, ist die Zahl 100 000 ja nicht besonders hoch; der „Vorwärts" müßte noch einmal soviel Abonnenten besitzen. Aber wir können ja alle Tage erfahren, daß zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen noch im Banne der unparteiischen Presse stehen und diese lieber abonnieren wie das Blatt, das ihre Interessen vertritt. Beim Bürgertum ist diese Neigung aber gleichfalls vorhanden und die Abonnentenziffern der bürgerlichen politischen Presse sind geradezu kläglich. Keins der bürgerlichen Blätter, die als politisch bezeichnet werden dürfen, kann annähernd so hohe Auflageziffern aufweisen wie der „Vorwärts". Die 100 000 Abonnenten des „Vorwärts" zeigen, daß in der Arbeiterschaft das Verständnis für die Bedeutung der Presse höher entwickelt ist wie im Bürgertum, und die Hoffnung, daß es immer besser werde, darf man wohl hegen. —

Genosse Friedrich Leßner in London, der letzte Ueberlebende aus dem Kölner Kommunistenprozeß, sendet der „Rheinischen Zeitung" in Köln einen Neujahrsgruß mit folgender Zuschrift an die Parteigenossen und -genossinnen: „Da es mir altem Manne nochmals vergönnt ist, das neue Jahr zu erleben, so wünsche und hoffe ich, daß die Parteigenossen in Deutschland mit neuem Mut und Ausdauer das neue Jahr antreten, sowie sie im Jahre 1905 den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse geführt haben. Das soeben beschlossene Jahr war ein Kampfjahr. In allen Ländern haben sich die modernen Arbeiter für die Emanzipation ihrer Klasse gerührt und keinen Zweifel kann es geben, daß sie ihre Aufgabe im neuen Jahre in bewährter Weise fortsetzen werden. Die Revolution in Rußland wird sicher die internationalen Arbeiter aller Länder anregen, sich an diesem großen Beispiele eines heldenhaften Kampfes neue Begeisterung zu holen. Solange diese Revolution noch nicht beendigt ist, bedarf es der Mithilfe aller Parteigenossen, alles zu tun, um den vollen Sieg herbeizuführen. Die ganze Revolution, nicht die halbe! Die Erhebung der russischen Arbeiterklasse ist von großer Bedeutung und kann und darf nicht ohne Rückwirkung auf den Befreiungskampf der Arbeiterklassen aller Länder vorübergehen. Das große Beispiel, das die russischen und polnischen Genossen unter den so grausenhaften despotischen Verhältnissen gegeben haben, darf unter keinen Umständen verloren gehen; die vielen und schweren Opfer, die sie gebracht haben, müssen die Saat bilden für die Ernte, die wir dereinst in unsern Scheuern zu sammeln gedenken. Mögen die Arbeiter der verschiedenen Länder nur nicht in dem Glauben leben, daß, sobald sie ihre vollen Rechte verlangen, sie besser behandelt werden von ihren Ausbeutern und Bedrückern, als eben die russischen Arbeiter behandelt werden. Sobald die Arbeiterklasse ernsthaft ihre gerechten Forderungen verlangt, da haben sie von den Gegnern nur die brutalste Behandlung zu gewärtigen; kein [illegible] auf es sich um Herrschaft und Profit handelt, den herrschenden Gewalten zu schlecht, um die Arbeiterklassen in der Sklaverei zu halten.

Der große Vorkämpfer und Arbeiterfreund Karl Marx schrieb schon 1871 in der Adresse des Internationalen Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich: „Es ist eine eigentümliche Tatsache: trotz all des großen Geredes und der unermeßlichen Literatur der letzten sechzig Jahre über Emanzipation der Arbeit — kaum nehmen die Arbeiter irgendwo die Sache in ihre eignen Hände, so ertönen auch sofort wieder die apologetischen Redensarten der Fürsprecher der jetzigen Gesellschaft mit ihren beiden Polen: Kapital und Lohnsklaverei (der Grundbesitzer ist jetzt nur noch der stille Gesellschafter des Kapitalisten), als ob die kapitalistische Gesellschaft noch im Stande reinster jungfräulicher Unschuld lebte, alle ihre Gegensätze noch unentwickelt, alle ihre Selbsttäuschungen noch unenthüllt, alle ihre prostituierte Wirklichkeit noch nicht bloßgelegt." — —

Das trifft auch heute noch zu; heute vielleicht mehr als damals. Die Arbeiterklasse hat sich auf nichts als auf ihre eigne Kraft zu verlassen. Diese Kraft ist die Organisation, ist die Agitation, ist die Aufklärung. Daß diese Kraft auch im neuen Jahre wachse, das hofft und wünscht und fordert

Euer alter Kommunist Friedrich Leßner."

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden soll der Eisenbahnminister in den Haupt- und Nebenwerkstätten der preußisch-hessischen Staatseisenbahn-Verwaltung vorgenommen haben. In den Eisenbahn-Direktionsbezirken Berlin, Frankfurt a. M., Magdeburg und Posen, wo alle Einrichtungen für die Kürzung der täglichen Arbeitszeit getroffen sind, ist der neunstündige Arbeitstag mit dem 2. Januar d. J. eingeführt worden. In den übrigen Direktionsbezirken soll die Neuerung gleichfalls eingeführt werden, sobald feststeht, daß nach den örtlichen Verhältnissen irgendwelche Bedenken gegen die Einführung des neunstündigen Arbeitstags nicht vorliegen.

Christliche Messerstecher und Pfefferstreuer. Gelegentlich des Holzarbeiterausstandes in Köln fand am 25. September im Saale des „Roten Löwen" eine große Versammlung der Streikenden statt. Gegen Schluß, als sich schon ein Teil der Besucher entfernt hatte, kamen mehrere Leute in den Saal zurück und berichteten, daß eine Anzahl der streikbrechenden Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes draußen versucht haben, ihnen Pfeffer in die Augen zu schleudern; man wies eine Pfefferdose vor, die die „Christen" weggeworfen hatten. Unter den so teuflisch Attackierten befand sich ein Mann, der bereits früher ein Auge verloren hat, so daß er leicht hätte völlig blind gemacht werden können. Auf dem Heimweg hörte ein Ehepaar dann, daß einer von drei „Christlichen", die nachher im katholischen Annahause verschwanden, zu seinen Kumpanen sagte: „Es ist eine Schande, daß es fehlgeschlagen ist!" Der Bachemsche „Kölner Lokal-Anzeiger" brachte über die Angelegenheit einen verlogenen Bericht, worin die christlichen Angreifer sich als die Angegriffenen aufspielten und wobei das Blatt von den „geistigen Waffen" der Genossen zu schreiben sich erkühnte.

Das Vorkommnis hatte jetzt vor dem Kölner Schöffengericht sein Nachspiel. Zur Aufklärung für kindliche Seelen sei hier gleich bemerkt, daß nicht die Arbeitswilligen, sondern einer der Ueberfallenen vor den Schranken stand. Der Tischler St. war angeklagt, fünf „christliche" Holzarbeiter genötigt und durch die Worte „Feiglinge" und „Streikbrecher" beleidigt zu haben. Von der Nötigung wurde er freigesprochen, wegen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beweisaufnahme ergab, daß die fünf draußen gehorcht hatten, was drinnen verhandelt wurde. Das Ersuchen des Angeklagten, in den Saal hineinzugehen, lehnten sie ab. Es kam zum Wortwechsel; dabei machte einer der Christlichen sich andauernd in der Tasche zu schaffen. Einer der Ausständigen sagte deshalb: „Laßt uns gehen, der

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 6. Magdeburg, Dienstag den 9. Januar 1906. 17. Jahrgang.

Der Hamburger Wahlrechtsraub.

(Schluß.)

Unsre Scharfmacher und ihr Troß von bornierten Spießbürgern hatten im Mai vorigen Jahres die Absicht, die Vorlage schnell im Plenum durchzupeitschen und zur Annahme zu bringen. Unangenehme Dinge ist man ja gern schnell los. Das gelang jedoch nicht, zum wesentlichsten Teile wegen des energischen Widerstandes der kleinen sozialdemokratischen Fraktion. Um aber nicht ganz resultatlos nach den ersten Kampfestagen das Schlachtfeld zu verlassen, wurde wenigstens über die zur Ermöglichung der Klasseneinteilung erforderliche Verfassungsänderung die erste Abstimmung vorgenommen und dieselbe mit 125 gegen 30 Stimmen angenommen. Die Dreiviertelmehrheit war also vorhanden. Aber einige angebliche Gegner der Klassenwahl erklärten, nur deshalb für die Aenderung gestimmt zu haben, um die genauere Prüfung der ganzen Frage zu ermöglichen. Die engen Verhältnisse des Kleinstaates im Verein mit den Klassenprivilegien des Besitzes haben eben ganz merkwürdige „Politiker" erzeugt. So bleibt es noch fraglich, ob sich schließlich für die zu wiederholende Abstimmung über die Verfassungsänderung die Dreiviertelmehrheit finden wird.

Der Wahlrechtsgesetzentwurf selbst wurde an einen Ausschuß verwiesen, der nun den Hamburger Arbeitern und Bürgern sein Werk auf den Weihnachtstisch gelegt hat. Er hat am eigentlichen Wesen der Vorlage nichts geändert. Die Klasseneinteilung soll auch nach seinem Willen Platz greifen, nur will er bloß zwei Klassen statt der vorgeschlagenen drei. In die obere sollen alle Bürger kommen, die mehr als 2500 Mark Einkommen haben, alle minder Begüterten in die untere Klasse. Die erste soll achtundvierzig, die letztere vierundzwanzig Abgeordnete wählen, alle drei Jahre je die Hälfte in einer der beiden Stadthälften. Die Grundeigentümer- und Notabelnwahlen hat auch der Ausschuß unangefochten gelassen und nur den Wahlkörper der letzteren um ein geringes erweitert.

Das wichtigste an der Arbeit des Ausschusses aber ist ein raffiniert ausgeklügeltes System der Wahl zur Verschleierung des Klassencharakters derselben. Die vorgeschlagene Verhältniswahl, die durch die Aufpfropfung auf die Klasseneinteilung in ihrem Wesen geschändet und aus einem Mittel zum Schutze der Minoritäten zu einem solchen der Vergewaltigung derselben gemacht wird, ist beibehalten worden. Die Klassen sollen aber nicht mehr jede für sich nach besonderen Vorschlagslisten wählen, sondern beide Klassen sollen nach einheitlichen Wählerlisten und nach für beide geltenden gemeinsamen Vorschlagslisten am selben Tage zu gleicher Zeit in denselben Wahllokalen wählen. Die Klassenzugehörigkeit der einzelnen Wähler soll durchaus geheim gehalten werden und auch damit auch deren Steuerleistung.

Damit ist den Hauptbedenken der bürgerlichen Elemente Rechnung getragen, so weit sie nicht aus wirklichem Liberalismus gegen die Wahlrechtsbeschränkung für die Massen überhaupt sind. Diese wirklich liberalen Elemente sind aber in Hamburg recht dünn gesät.

Irgendwo muß aber die Klassenherrschaft bei der Wahl doch zur Erscheinung kommen. Nach dem raffinierten Plan des Ausschusses soll das erst bei der Feststellung des Wahlresultats geschehen. Um das zu ermöglichen, sollen die Stimmzettel, die im Kuvert abgegeben werden, im Isolierraum mit einer Marke beklebt werden, die für jeden Wähler im Wahllokal in verschlossenem, mit seinem Namen und seiner Nummer in der Wählerliste versehenen Kuvert bereit gehalten und nach seiner Legitimation ihm ausgehändigt wird. Die Marken werden von der Zentralwahlkommission, die von der Steuerdeputation ressortiert, in die Kuverts verschlossen. Die Marken sollen für beide Klassen verschieden in Farbe und Aufdruck sein und nach diesen Marken werden bei der Zählung die Stimmzettel gesondert.

Um die Klassentrennung unter den Bürgern noch weiter zu verhüllen, sollen nur bei Berechnung der auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenden Zahl der Mandate die in der einzelnen Klasse abgegebenen Stimmenzahlen zugrunde gelegt werden; für die Personenauswahl unter den Kandidaten auf den einzelnen Vorschlagslisten sollen dagegen die aus beiden Klassen auf sie entfallenden Stimmen entscheidend sein. Eine verhältnismäßig geringe Stimmenzahl, die in der einen Klasse für bestimmte Kandidaten einer Vorschlagsliste abgegeben wird, ohne ausreichend zu sein, der Vorschlagsliste ein Mandat aus dieser Klasse zu verschaffen, kann veranlassen, daß von der fraglichen Vorschlagsliste andre Personen gewählt werden als die, welche aus der andern Klasse die Majorität erhalten hatten.

Die Gemeinsamkeit der Vorschlagslisten ermöglicht es, daß auch die verhältnismäßig geringere Zahl bürgerlicher Wähler in der unteren Klasse mit ihren Kandidaten in der obren konkurrieren kann. Für die bürgerlichen Elemente hat der Ausschuß mit der von ihm beschlossenen Aenderung tatsächlich einige Steine des Anstoßes weggeräumt, so daß die Gefahr einer Annahme des Gesetzentwurfs eher größer als geringer geworden ist.

Für die Hamburger Arbeiterschaft bedeutet die Vorlage eine schwere Schädigung ihres Rechtes, der sie hoffentlich mit aller Energie begegnen wird. Wenn sie auch bei Erhaltung des gegenwärtigen Wahlrechts, das wahrlich schon beschränkt genug ist, in allernächster Zeit noch nicht viel mehr gewinnen würde, als das durch die Proportionalwahl verschärfte Klassenwahlrecht noch möglich erscheinen läßt, so wird doch durch die Kontingentierung der sozialdemokratischen Opposition in der zweiten Klasse für die Zukunft jede Möglichkeit einer Erweiterung des sozialdemokratischen Einflusses in Hamburgs Gesetzgebung abgeschnitten. Das heißt, dem gesunden Fortschritt einfach den Weg verrammeln. Wie bisher, so soll nach Absicht der Hamburger Plutokratie, der königlichen Kaufleute und scharfmacherischen Industriellen, auch in Zukunft der Besitz allein die Herrschaft in Hamburg führen; die Sozialdemokratie soll verhindert werden, das Interesse der Arbeiterklasse nachdrücklich in Gesetzgebung und Verwaltung zur Geltung und vielleicht zur ausschlaggebenden Entscheidung zu bringen.

Die Sozialdemokratie in Hamburg ist stark und verfügt über eine kräftige Organisation. Wenn es trotzdem fraglich ist, ob sie das Attentat gegen die Rechte der Minderbegüterten abwehren können wird, so ist das auf die engen Verhältnisse des Kleinstaates zurückzuführen. Er selbst, das heißt die in ihm herrschende Klasse, stützt sich auf die reaktionären Mächte im Reiche; für die in seinem kleinen Bereich geltenden Rechte oder deren Verteidigung oder Mehrung sind aber nicht die Massen im ganzen Reiche mobil zu machen. Im engen Rahmen aber versagen am leichtesten gerade die Machtmittel, die nur dann Erfolg haben, wenn die große Masse selbst in Aktion tritt. —

Konferenz städtischer und „neutraler" Rechtsauskunftsstellen.

Magdeburg, 6. Januar 1906.

In der Nachmittagsitzung referierte Herr Dr. Stein vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M. über

Erfahrungen beim Rechtsschutz.

Die Priorität des Gedankens einer Organisation des Rechtsschutzes gebühre dem verstorbenen Genossen Grillenberger, der schon Mitte der achtziger Jahre für die Gründung von Rechtsauskunftsstellen eingetreten sei. In der praktischen Ausführung des Gedankens sei dann allerdings das Zentrum der Sozialdemokratie vorausgeeilt. Als das erste Arbeitersekretariat in Nürnberg 1894 eröffnet wurde, bestanden schon eine Anzahl katholischer Volksbureaus. Anfangs zögernd, dann aber sehr schnell entwickelten sich nun die verschiedenen Organisationen zur Befriedigung des Rechtsschutzbedürfnisses. Die Rechtsanwälte können das Bedürfnis nach Rechtsschutz nicht befriedigen, sie sind zu teuer, nicht zahlreich genug und auf den Gebieten des Arbeiterschutzes und der sozialen Gesetzgebung auch nicht sachkundig genug. Die Winkeladvokatur ist heute beim Fehlen genügender Organisationen zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Rechtsschutz noch ein volkswirtschaftliches Bedürfnis, eine Institution allerdings mit vielen Schäden, deren Bekämpfung eine Aufgabe der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen bildet.

Zwischen Rechtsanwalt und Rechtsauskunftsstelle gibt es nun bedeutsame Unterschiede. Der Anwalt ist Sachwalter seines Klienten, ihn muß er unter allen Umständen vertreten. Die Rechtsauskunftsstelle aber soll suchen was Recht ist und dem Rechte zum Siege verhelfen. Dementsprechend muß auch die Praxis der Rechtsauskunftsstelle sich gestalten. Nicht Prozesse um jeden Preis muß das Bestreben des Auskunfterteilenden sein, sondern Befriedigung berechtigter Ansprüche durch Vergleiche, durch schiedsgerichtliche Entscheidungen. Innere Unparteilichkeit, objektive Beurteilung jedes vorgetragenen Falles, das ist die Grundlage der Tätigkeit des Auskunfterteilenden. Dadurch gewinnt man das Vertrauen der Besucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Darauf basiert auch die weitere Aufgabe des Auskunfterteilenden, vorbeugend zu wirken. Der Redner gibt aus seiner Praxis einige Erfahrungen wieder, nach denen bei Konflikten aus dem Arbeitsvertrage Arbeiter und Unternehmer gemeinsam zur Rechtsauskunftsstelle kamen, um ihre Streitigkeiten zu schlichten. Auch bei Ausarbeitung von Arbeitsordnungen, bei Schaffung von Tarifverträgen usw. werden die Rechtsauskunftsstellen zu Rate gezogen; der Beamte der Auskunftsstelle wird zum sozialen Mittelsmann. Zu empfehlen ist auch die Teilnahme der Beamten an Versammlungen der Arbeiter, Halten von Vorträgen über neutrale Gebiet u. dgl.

Das Verhältnis der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen zu den Konkurrenzorganisationen werde im Anfang nicht das beste sein. Besonders mit den Arbeitersekretariaten könne es leicht zu Verdrießlichkeiten kommen. Bezeichnend sei es ja, daß die „Volksstimme" von den Konkurrenten der Arbeitersekretariate geschrieben habe. Mit der Zeit werde sich aber auch hier das Verhältnis besser gestalten, die Arbeitsgebiete scheiden sich, man ergänzt sich, arbeitet nicht gegeneinander, sondern Hand in Hand. Die Anschauung, daß Frauen bei intimeren Angelegenheiten sich lieber an Frauen wenden, hält der Redner für falsch. Die Frauen gehen lieber zum Mann, der Beamter ist und als Beamter ihnen entgegentritt; die Frau moralisiert gern und das mögen die Besucherinnen mit Recht nicht.

Der Verkehr mit dem Publikum ist schwierig. Vor allem muß man lernen, zuzuhören. Viele Leute kommen auch nicht auf das Bureau um Recht zu finden, sondern um ihre Ansicht bestätigt zu finden. Uebrigens sind die Arbeiter in der Regel, besonders über das Gewerberecht, den Arbeiterschutz usw. besser orientiert wie die Arbeitgeber. Für diese sind die Auskunftsstellen noch notwendiger wie für die Arbeiter.

Die Rechtsanwälte sind anfänglich Gegner der Auskunftsstellen. Später erkennen sie, daß die Auskunftsstellen ihnen Arbeit und Mühe abnehmen und sie treten ihnen freundlicher gegenüber. Wenn man stets vor der Rechtsauskunftsstelle mit offenem Visier vorgeht, wenn die Behörden anerkennen, daß die Auskunftsstellen die Besucher sachlich und objektiv unterrichten, dann wird das Verhältnis mit den Behörden, Berufsgenossenschaften usw. bald ein recht annehmbares sein.

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Jahnke.

(23. Fortsetzung.)

Und abermals erklang ein Name, und ein alter Mann mit fahlem Haar und zitternden Händen trat vor.

Die Buchhalterin legte abwehrend die Hand auf meinen Arm, indem sie den Mann scharf in das Auge faßte.

„Koglin bekommt nur vier Mark fünfzig. Er hat sich am vorigen Zahltag zwei Mark fünfzig Vorschuß geben lassen."

Der Greis zuckte zusammen. Offenbar hatte er diese erschreckende Tatsache vollständig vergessen gehabt.

Mit tonloser Stimme bat er:

„Fräuleinchen, stunden Se's mir bloß dis eene Mal noch. Ick komme nich durch. Nächsten Sonnabend — —"

„Ich kann's nicht stunden, Koglin; Sie wissen, es ist Verbot, zweimal hintereinander Vorschuß zu geben. Außerdem bin ich am nächsten Sonnabend nicht mehr hier — und wir haben Eile."

Ein ergebener, hoffnungsloser Ausdruck trat in das stumpfe Gesicht. Und die welke Hand strich den Wochenlohn von vier Mark fünfzig Pfennigen langsam ein. Der Nebenmann murrte schon über die Verzögerung.

„Der Mann trinkt," flüsterte mir Fräulein Günther zu, während ich dem Nächsten das Geld hinzählte, „da ist jede Hilfe umsonst. Sonst helf' ich gern. Herrig darf's freilich nicht wissen. Gestattet ist nur ein einmaliger Vorschuß im Monat."

Das Gefühl des Widerwillens in mir war noch gewachsen; es schnürte mir fast die Kehle zu. Und dennoch kämpfte ein neues Empfinden, dem ich keinen Namen zu geben wußte, mächtig gegen diesen Widerwillen an. Der Mann trinkt, — so klang es mir nach. Ja, man kann es deutlich sehen, daß er trinkt; aber warum trinkt dieser Mann? —

Als der Letzte aus der langen Reihe verschwunden war, öffnete sich die Flügeltür nach dem Hofe zum zweitenmal und die Frauen traten ein.

Und das neue Empfinden in mir wuchs bei ihrem Anblick, bis es seine mächtigen Schwingen über mich ausbreitete und ich den Widerwillen von mir abschüttelte wie ein lästiges Gewürm. Und ich zahlte und zahlte. Wieder kamen Abzüge vor: diese Frauen baten nicht um Stundung. Sie wußten wohl, daß auch die inständigste Bitte vergeblich sein würde. Wenn Herr Leonhard dagewesen wäre, dann freilich . . . . dann vielleicht . . . . aber der war weit weg in einem Sonnenland, von dessen Glanz und Herrlichkeit diese abgehärmten Geschöpfe keine Vorstellung haben konnten; und außerdem war er jetzt verheiratet, und nun war wohl alles aus, was sich sonst noch hätte erhoffen lassen.

Kurz nach acht Uhr waren wir fertig, schlossen zu und gingen nun selber heim. In mir zitterte jeder Nerv. Fräulein Günther, die mich eine kurze Strecke durch die Leipzigerstraße begleitete, sprach beruhigend auf mich ein.

„Kind, das ist das Leben. Wenn man selbst mit Dornen gepeitscht wird, verlernt man die Weichherzigkeit. Sieben Achtel dieser Leute sind in ihrer Roheit, ihrer unausrottbaren Trunksucht wirklich keiner Träne wert. Die Frauen, — freilich, die tun mir jämmerlich leid. Ich will nicht sagen, daß sie viel anders oder gar besser sind; nur: von zwei Seiten ausgebeutete Lasttiere, das sind sie! Vom Manne und vom Arbeitgeber. Wo sollten sie auch andres gelernt haben, wie könnten sie auch besser geworden sein? Den ganzen Tag an die Maschine oder den Sortierballen gefesselt, am Abend keine Ruhe und in der Nacht keinen Schlaf — — Aber auch die Männer: wo sollten sie Besseres gelernt haben? Auch sie erschienen mir plötzlich wie Lasttiere, gleichzeitig von zwei Seiten ausgebeutet: vom Arbeitgeber und von der Familie.

Am nächsten Freitag verließ Fräulein Günther das Geschäft. Als sie mir die Hand zum Abschied reichte, gab sie mir einige gute Ratschläge mit auf den einsamen Weg. Sie unterrichtete mich über die Verhältnisse, in deren Gesellschaft ich fortan meine Tage verleben sollte.

„Leonhard ist nicht da. Der ist Don Juan durch und durch, berühmt und berüchtigt in der ganzen Berliner Kontoristinnenwelt. Mein Mädchen ist sicher vor ihm: wenn aber eine schlau ist, kann sie dabei ihr Schäfchen scheren. Herrig hat sein Leben reichlich genossen und kennt jetzt nur noch eine Leidenschaft: das Geld. Bei dem um Mitleid betteln, wäre gänzlich verlorne Mühe. Vor Julius Leonhard nehmen Sie sich in acht. Nicht, daß Sie irgend ein Attentat zu fürchten hätten — der Julius ist ein Gentleman, — nur das Geld ist Schimäre für ihn. Er betrachtet die kleine Kasse mitsamt der Kassiererin als sein Privatressort. In Verlegenheiten steuert er immer Winter nimmt, wo er irgend findet. Weitzer — nun, Sie haben ihm am ersten Tage ja selbst schon das Zeugnis geschrieben. Und nun leben Sie wohl, Kleine, und machen Sie Ihre Sache gut!"

„Und Sie selbst, Fräulein Günther? Werden Sie immer eine Geschäftsstellung annehmen?"

Sie lachte leise auf.

„Für sechzig oder siebzig Mark monatlich mich weiter plagen von früh bis spät? Närrchen, nein! Die Männer bekommen für die gleiche Arbeit mindestens den doppelten Lohn, bloß weil sie Männer sind. Wir brauchen das ja nicht, wir sind zu anspruchslos von Natur. Ich aber nicht" — und plötzlich wuchs das Mädchen vor meinen Augen empor zu der Gestalt einer germanischen Seherin, und ihre Augen blickten stahlhart geradeaus — „ich nicht, Wilma Dalkenberg; denn ich bin ein Mensch und will vorwärts im Leben. Ich gehe in ein Hebammeninstitut."

(Fortsetzung folgt.)

Vor dem Gewerbegericht kann der Beamte auch als Vertreter seines Klienten auftreten. Schwer wird es sein, immer den richtigen Beamten zu finden. Dieser darf vor allen Dingen nicht Bureaukrat sein, er muß auch nicht Jurist sein, aber in großen Auskunftsstellen empfiehlt es sich doch, einen Juristen neben einem „Praktiker" arbeiten zu lassen. Beschränkung der Auskunftserteilung auf bestimmte Gebiete ist nicht ratsam. Sie läßt sich einfach nicht durchführen, man muß über alle Dinge Auskunft geben.

Eine bessere Durchbildung der Beamten in der Rechtsauskunftsstelle ist zu erstreben. Vielleicht läßt sich in Frankfurt a. M. im Anschluß an die Akademie für Sozialwissenschaften eine Gelegenheit schaffen, solche Beamte sowohl praktisch als auch theoretisch auszubilden; gelänge es, so würde dadurch wohl die Frage der Vorbildung gelöst sein.

In der Diskussion bemängelte der Oberbürgermeister Dr. Ebeling die Auffassung des Referenten über die Auskunftserteilung durch Frauen. Es fehle bloß noch an durchgebildeten Frauen für dieses Amt. Seien diese erst vorhanden, dann würden sich sicher die Frauen auf diesem Gebiete außerordentlich bewähren. Der Redner bedauert, daß das Vertrauen der Arbeiter zum Bourgeois vollständig verschwunden ist. Er traue niemand, der einen besseren Rock anhabe, und glaube einen richtigen Rat nur bei seinen Klassen- und Parteigenossen zu finden. Es sei die Hauptaufgabe der Zeit, das Vertrauen der Arbeiter zu den staatserhaltenden Kreisen wieder zu beleben und dazu sollten auch die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen dienen.

Die weitere Diskussion und das Schlußwort des Referenten boten nichts Bemerkenswertes.

Herr Dr. Vogel-Bremen schnitt nun die Frage einer gemeinsamen Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt an. Er beleuchtete sehr treffend die Nachteile, die den Versicherten daraus entstehen, daß zwar die Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten durch gerissene Praktiker vor dem Reichsversicherungsamt vertreten sind, aber sie nicht, und verlangte, daß auch den Klienten der Rechtsauskunftsstellen eine Vertretung in Berlin eingeräumt werde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde dem Vorstand des neugegründeten Verbandes zur Berücksichtigung überwiesen. Darauf erfolgte der Schluß der Konferenz.

Die nächste Konferenz soll im Jahre 1907 voraussichtlich wieder in Magdeburg stattfinden.

Berichtigung. Im ersten Bericht hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Zahl der Arbeitersekretariate beträgt 74, nicht 24, wie es in der Sonntagsnummer hieß. —

Provinz und Umgegend.

Krach bei den Mittelständlern.

In der Ortsgruppe Stendal der Mittelstandsvereinigung bestand seit längerer Zeit ein Konflikt, der die mittelständlerischen Gemüter aufs heftigste erregte. Welcher Art die Streitigkeiten waren, davon erfuhr die Oeffentlichkeit nichts. Jedenfalls müssen sie aber recht bedenklicher Natur gewesen sein, denn man gab sich ganz besondere Mühe, zu verhindern, daß etwas in die Oeffentlichkeit durchsickere. Selbst den Mitgliedern der Vereinigung hat man Aufklärung vorenthalten. Am letzten Mittwoch hielt die Ortsgruppe eine Versammlung ab, zu der auch der Generalsekretär Eisenträger-Hannover und Obermeister Rahardt-Berlin erschienen waren, die jedenfalls aufgeboten waren, um unter allen Umständen zu verhindern, daß die Streitigkeiten zur Erörterung kamen. Zu dem Zwecke lag die Leitung der Versammlung in den Händen des Herrn Rahardt. Zu einer Besprechung des Konflikts kam es denn auch nicht, trotzdem aus Mitgliederkreisen heraus Aufschluß über die Vorkommnisse verlangt wurde. Man handelte nach einem Vorstandsbeschluß, in dem es heißt, daß der Versammlungsleiter, zu dem ausdrücklich Herr Rahardt bestimmt war, das Recht hatte, jedes Eingehen auf die bestandenen Zwistigkeiten zu unterbinden. Die Zwistigkeiten seien für immer als beigelegt zu betrachten.

Worin die Zwistigkeiten bestanden haben, ist also nicht bekannt geworden. Jedoch war so viel aus dem Gang der Verhandlungen zu erkennen, daß der bisherige Vorsitzende der Ortsgruppe, Bäckermeister Müller, den Anlaß gegeben hatte. Der Gesamtvorstand der Ortsgruppe hatte demissioniert. Durch seine Erklärung, daß er eine Wiederwahl nicht wieder annehmen würde, soll Herr Müller es den andern Vorstandsmitgliedern ermöglicht haben, ihre Aemter wieder zu übernehmen, was darauf schließen läßt, daß sie eine gemeinsame Arbeit mit Herrn Müller für unmöglich hielten. Daß Herr Müller irgend etwas auf dem Kerbholz hat, geht auch aus der Aeußerung eines Freundes von ihm hervor, die dieser am Schluß der Versammlung machte. Er legte noch ein „warmes" Wort für Herrn Müller ein und bemerkte dabei, daß dessen „segensreiches Wirken und aufopferungswürdige Hingabe im Interesse der Hebung der Mittelstandsvereinigung die höchste Anerkennung verdiene, selbst wenn Herr Müller auch einmal entgleist sei".

Herrn Müllers Entgleisung wird wohl nicht allzu lange Geheimnis bleiben. Wenn sie auch am Ende kein Kardinalverbrechen ist, so muß sie doch ohne Zweifel geeignet sein, die Mittelständler bedenklich zu diskreditieren und zu blamieren. Wir können getrost auf die Zukunft hoffen; sie wird schon zu geeigneter Zeit zu unserm Vergnügen und zum Leidwesen der Mittelständler den Schleier von dem Geheimnis ziehen. —

Diesdorf, 8. Januar. (Zur Beachtung!) Die Genossen, [illegible] an der Flugblattverbreitung am Sonntag den 14. d. M. beteiligen wollen, werden ersucht, sich am Mittwoch abend um 8 Uhr pünktlich und recht zahlreich bei Hildebrandt einzufinden. —

Olvenstedt, 8. Januar. (Versammlung.) Am Donnerstag den 11. Januar, abends 4½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Matzdorf eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. In dieser Versammlung soll außer dem Jahresbericht des Bezirksleiters auch die örtliche Verwaltung neugewählt werden. Die Gemeindevertreter werden ebenfalls Bericht erstatten von den Sitzungen, welche sie in letzter Zeit gehabt haben. Zu dieser Versammlung haben auch Gäste Zutritt. (Näheres siehe im Inserat.) —

Aschersleben, 8. Januar. („Die Parlamente".) So ist der fünfte Vortrag des Genossen Dr. Müller in seiner Vortragsserie über das Wesen des modernen Staates betitelt. Die Vortragsversammlung findet am morgigen Dienstag den 9. d. M., abends 8 Uhr, statt. —

Aschersleben, [illegible] Januar. (Vergeblich gewartet.) Der Stadtschutzmann K. Ehrenbrecht zu Aschersleben hatte eines Abends als er von 9½ Uhr bis 11 Uhr Patrouillendienst hatte, vom Polizeikommissar den Auftrag erhalten, vor der Wohnung einer am Tage vorher sistierten Prostituierten auf und ab zu patrouillieren, und zwar bis er abgelöst würde. Zur Ablösung war der Polizeibeamte Schoch kommandiert. Dieser traf aber nicht um 11 ein, sondern erst nach ½12 Uhr. Kurz vorher hatte sich Ehrenbrecht entfernt, er hatte also eine ganze Weile über seine Dienstzeit hinaus gewartet. Trotzdem wurde Ehrenbrecht mit einer Disziplinarordnungsstrafe in Höhe von 6 Mark bedacht, weil er seine Dienstpflichten verletzt habe, indem er nicht bis zum Eintreffen der Ablösung wartete. In der Zeit zwischen seinem Weggange und dem Eintreffen der Ablösung soll ein kleiner Auflauf an jener Stelle gewesen sein. Ehrenbrecht erhob Beschwerde und betonte, daß er ja noch über seine Dienstzeit hinaus geblieben sei, nämlich bis ½12 Uhr beinahe. Als dann die Ablösung nicht eintraf, habe er angenommen, es sei davon Abstand genommen worden, das Haus weiter zu observieren, und er könne nun gehen. Der Regierungspräsident zu Magdeburg verwarf aber die Beschwerde mit der Begründung, die Strafe sei gerechtfertigt, weil er seinen Posten verlassen habe, obwohl der Befehl vorlag, bis zur Ablösung zu warten. Wenn dies zu lange dauerte, wäre es mindestens seine Pflicht gewesen, sich auf der 5 Minuten entfernten Wache Aufklärung zu verschaffen. Nunmehr klagte E. beim Oberverwaltungsgericht, wo er sein Verhalten ausführlich zu rechtfertigen suchte. Unter anderm hob er hervor, der Kommissar habe seiner Aufforderung, bis zur Ablösung zu warten, hinzugefügt, um 11 Uhr würde er abgelöst. Wenn er nun bis gegen ½12 Uhr wartete, hätte er seiner Meinung nach der Pflicht vollkommen genügt. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts wies aber die Klage mit der Begründung ab, daß E. auf jeden Fall bis zum Eintreffen der Ablösung hätte warten müssen. Es falle ihm ein Dienstvergehen zur Last, weil er vorher wegging. —

Calbe a. S., 8. Januar. (Totgefahren.) Der Bäckermeister Wilhelm Riemert von hier geriet in der Magdeburgerstraße unter seinen eignen, mit Eis beladenen Wagen, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb. —

g. **Halle,** 6. Januar. (Handlungsgehilfen-Elend.) Der Handlungsreisende Max Schimpf von hier war von der Farbenfabrik Franzlin in Wettin auf eine Probezeit von 6 Wochen bei 100 Mark Gehalt und Spesen unter der Bedingung engagiert worden, daß er in jener Zeit mindestens für 4500 Mk. Waren absetze, widrigenfalls er verpflichtet war, pro Monat eine Konventionalstrafe von 300 Mark zu zahlen. Bei Erfüllung des Auftrags sollte ev. seine Festanstellung erfolgen. Um von der Konventionalstrafe loszukommen und in den Augen seiner Auftraggeber als tüchtiger Reisender zu erscheinen, griff Schimpf zu dem Mittel der fingierten Aufträge. Darauf erfolgte eine Anklage gegen den unbescholtenen Menschen wegen Betrugs. Sein Verteidiger, Justizrat Kähne, erklärte vor dem Schöffengericht, daß jener mit der Firma Franzlin abgeschlossene Vertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gegen die guten Sitten verstoße und beantragte Freisprechung. Das Gericht war leider andrer Ansicht und verurteilte den Mann zu 100 Mark Geldstrafe.

g. **Halle,** 8. Januar. (In seiner Notlage) hatte sich der 55jährige Gerichtsdiener Scholinus von Bitterfeld, ein schwerhöriger, kurzsichtiger, also gebrechlicher Mensch, an fremdem Eigentum vergriffen. Er hatte einige Kuverts, die mit einem Freistempel versehen waren, in seinem Privatinteresse verwendet und bei der Einforderung von Kosten 30 Pfennig, 2,40 Mark und 3,95 Mark zuviel gefordert. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Mann, obwohl anerkannt worden war, daß dieser in dürftigen Verhältnissen lebe, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Die Strafkammer erachtete nur zwei Fälle Betrug als vorliegend und verurteilte den Unglücklichen, der vom Arzt wohl als schwachsinnig, aber nicht als geisteskrank bezeichnet wurde, zu 3 Monaten Gefängnis. —

g. **Halle,** 6. Januar. (Aus einem bürgerlichen Zeitungs-Verlag.) Der Zeitschriftenverleger Martin Börner und der Redakteur Käse von der „Deutschen Wäscherei-Zeitung" klagten sich vor der Strafkammer und warfen sich dort die schönsten Liebenswürdigkeiten ins Gesicht, nachdem sie sich vorher in Zeitungen und Zirkularen heruntergemacht hatten. Käse war jahrelang für ein Monatsgehalt von 280 Mark bei Börner tätig gewesen und gab selbst zu, daß er als willenloses Werkzeug im Interesse seines Verlegers die Leser beschwindelt habe. Börner entgegnete, daß Käse als Redakteur mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß stände und es verstanden habe, mit den Leserinnen „intim" zu korrespondieren. Dieser „vertrauliche Verkehr" habe dahin geführt, daß sich einmal zwei Frauen vor dem Redaktionsgebäude in die Haare gefahren wären. Nach einer „gründlichen Aussprache" wurde Käse zu 50 Mark und Börner zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt; dann ging man befriedigt nach Hause. —

Hundisburg, 8. Januar. (Eine reiche Kartoffelernte) hat hier, wie wir kürzlich berichteten, der Gutsbesitzer Herr von Nathusius gehabt, so reich, daß er sich veranlaßt sah, die Kartoffeln nicht einzuernten, sondern sie einfach mit umzupflügen. Wir knüpften daran die Bemerkung, daß so etwas nur in einer verkehrten Gesellschaftsordnung möglich sein könne. Arme müßten darben, während der Ueberfluß der Reichen verkomme. Auf diese unsre Kritik wird es wohl zurückzuführen sein, daß jetzt, wie in Provinzblättern behauptet wird, ärmeren Leuten von Herrn v. Nathusius gestattet worden ist, sich Kartoffeln von den Ländereien zu holen. Ob noch viel gute Knollen dabei sind, kann nach dem scharfen Frost, den wir bereits gehabt haben, wohl billig bezweifelt werden. Warum wurde die Erlaubnis nicht gleich erteilt, als man sich entschloß, die Kartoffeln nicht einzuernten?

Stendal, 8. Januar. (Zum Mord in Klöden) erfährt der „Centr.-Anz." aus juristischen Kreisen, daß man sich auf eine Verhandlungsdauer von annähernd 3 Tagen gefaßt macht. Es wird gegen 14 Arbeiter Anklage erhoben; doch ist die Staatsanwaltschaft sich noch nicht schlüssig, ob sie die Anklage wegen Mordes oder wegen Totschlags und Beihilfe dazu erheben wird. Bisher hat keiner der Verhafteten ein Geständnis abgelegt oder sich sonst irgendwie näher zu der Angelegenheit geäußert; sie bestreiten vielmehr durchweg jede Schuld. Die Länge der Verhandlung wird dadurch bedingt, daß sämtliche Angeklagten durch Dolmetscher zu hören sein werden und daß für jeden Angeklagten die Schuldfragen besonders formuliert werden müssen. Wie es heißt, trägt man sich mit dem Plan, eine außerordentliche Sitzungsperiode zu beantragen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 5. Januar 1906.

Der falsche Impresario. Der angebliche Impresario Emilie Bouveret aus Montreal in Kanada, geboren 1842, kam im September 1905 von Braunschweig nach hier, fertigte fälschlich eine Zeichnungsliste an und suchte damit wohlhabende Personen auf, denen er vorschwindelte, er sei Professor der Musik, Mitglied eines Kammermusikerensembles und hierher gekommen, um Konzerte zu veranstalten. In 19 Fällen gelang es ihm durch diese Vorspiegelung, Geldspenden zu erhalten. In drei weiteren Fällen wurde er abgewiesen. Bei seiner Festnahme legte er sich einen falschen Namen bei und veranlaßte dadurch unrichtige Eintragungen in die Register. Vermutet wird, daß Bouveret unter anderm Namen 1867 in Frankreich zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Er protestiert lebhaft dagegen, bestreitet auch, dort wegen Betrugs wiederholt vorbestraft zu sein. Seine Vergangenheit hat mit Sicherheit nicht festgestellt werden können. In Hannover hat Bouveret im Frühjahr 1905 zweimal wegen Betrugs geringe Freiheitsstrafen erlitten. In den vollendeten Betrugsfällen hat er hier etwa 300 Mark erbeutet. Außerdem ist die Hotelwirtin um Logis und Zeche nicht unerheblich geprellt. Als der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen seiner Straftaten 2 Jahre 2 Wochen Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragte, erwiderte er wütend: „Die Hundstage sind doch noch nicht da!" Die Kammer erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Die Annahme der Strafe lehnte der Angeklagte entrüstet ab. —

Diebstahl. Der Arbeiter Joseph Kobierowski, geboren 1885, und Anton Reszynski, geboren 1884, aus Czerzk, sollen in der Nacht zum 12. Juni 1904 in der Arbeiterkaserne zu Loburg zwei andern Arbeitern eine Uhr und andre Sachen gestohlen haben. Reszynsky war geständig und erhielt wegen Rückfalldiebstahls 4 Monate Gefängnis. Kobierowski wurde freigesprochen. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 6. Januar 1906.

Betrug. Der Molkereiverwalter Gustav Nickel aus Zehdenick war in Stellung bei der Dampfmolkereigesellschaft in Aschersleben. In dieser Stellung hat er die Einnahmen für 1214½ Pfund Butter sowie andre, der Molkerei gehörige Gelder unterschlagen. Die Gesamthöhe der Summe beträgt etwa 4387,89 Mark. Hiervon konnten jedoch 4000 Mark durch die gestellte Kaution des Angeklagten gedeckt werden. Nickel will nicht wissen, wo die Gelder geblieben sind. Der Gerichtshof verurteilt ihn zu 9 Monaten Gefängnis. —

Hausfriedensbruch. Der vorbestrafte Arbeiter Martin Stanischewsky aus Osterwieck hat sich dort des Hausfriedensbruchs schuldig macht. Er wurde deshalb vom Osterwiecker Schöffengericht zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Seine Berufung wurde verworfen. —

Betrug. Der Agent Heinrich Heineburg aus Hasserode fuhr ohne Fahrkarte von dem Bahnhofe Westertor nach dem Bahnhof Hasserode. Hier angekommen, hat er sich trotz der Aufforderung des Schaffners, sich eine Karte nachzulösen, heimlich entfernt und sich somit des Betrugs schuldig gemacht. Heineburg wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Diebstahl und Hehlerei. Der Schulknabe Franz Fischer aus Aschersleben hat am 27. Oktober 1905 von dem Hausboden des leerstehenden Pfarrhauses aus einem verschlossenen Schrank zwei Bücher und 1 Pfennig gestohlen. Die Bücher hat er dem Schulknaben Hecker geschenkt. Letzterer wird wegen Hehlerei mit einem Verweis bestraft. Fischer wird bedingt verurteilt, und zwar zu 2 Wochen Gefängnis. —

Vermischte Nachrichten.

* **Die Wahlschlacht in Schafpreskeln.** Geradezu idyllische Zustände müssen in dem bei Neustadt a. d. Orla belegenen kleinen Oertchen mit dem poesievollen Namen Schafpreskeln herrschen. Der Ort hat ganze zehn wahlberechtigte Einwohner. Das konnte die Schafpreskelner aber nicht abhalten, sich bei der Wahl des „Bürgermeisters" und Bürgermeisterstellvertreters in sage und schreibe — fünf Parteien zu spalten, deren jede natürlich ihre eignen Kandidaten hatte. Es hatten sich sonach allemal zwei Personen zu einer „Partei" zusammengetan, von der die eine Bürgermeister und die andre Stellvertreter werden wollte. Auf gut deutsch also kandidierten sämtliche zehn waffen- resp. wahlfähigen Männer des Ortes. Daß es aber bei dieser Wahl nicht ganz einwandfrei zugegangen sein muß, ergibt der Umstand, daß der Kreisausschuß das Wahlergebnis für ungültig erklärte. Nun haben also die Schafpreskelner das Vergnügen, das zweitemal in den „Wahlkampf" einzutreten. —

* **Ein amerikanisches Bauernfängerstückchen.** Wie aus New-York geschrieben wird, wurde in der Kirchenstadt Brooklyn ein Bauernfänger-Trick in Szene gesetzt, der von einer Unverfrorenheit ohnegleichen Zeugnis ablegt. An der Ecke der 63. Str. und Amsterdam-Avenue stand ein Chauffeur namens Michael Colligan, als ein Vorübergehender sich plötzlich bückte, und ihm alsbald einen Damenhandschuh entgegenhielt, den er, wie es schien, dort eben gefunden und aufgehoben hatte, zugleich mit einem anscheinend wertvollen Brillantring, der sich in dem Handschuh befunden. Der Fremde fragte Colligan, ob der Handschuh ihm gehöre, und als Colligan dies verneinte, schlug der Fremde ihm vor, mit ihm zu einem Juwelier zu gehen, um den Wert des Ringes feststellen zu lassen. Beide gingen dann auf ein Juweliergeschäft in der Amsterdam-Avenue zu. Dort stand vor der Tür ein Mann ohne Hut, der die Frage des „glücklichen Finders", ob er der Inhaber des Ladens sei, bejahte und nach einer, wie es schien, sehr sorgfältigen Betrachtung des Schmuckstückes dessen Wert auf etwa 600 Mark schätzte. Der Finder sagte dann dem Chauffeur, er brauche sehr nötig Geld, er wolle ihm den Ring für so viel, als er dafür bezahlen könne, überlassen. Colligan sagte, bares Geld habe er nicht viel, aber er bot seine goldene Uhr, die einen Wert von 200 Mark hatte, als Bezahlung an. Das war aber dem Finder nach der Schätzung des Juweliers doch etwas wenig, und so ließ sich Colligan schließlich dazu herbei, außer seiner Uhr auch noch seinen Ueberzieher in den Kauf zu geben. Als der Fremde sich entfernt hatte, ging Colligan in den Juwelierladen, wo er erfuhr, daß der Mann, der vor der Türe gestanden hatte, nicht der Inhaber des Ladens, sondern jedenfalls ein Komplice des Schwindlers war, der ihm einen Ring aufgehängt hatte, der nach der Schätzung des wirklichen Juweliers einen Wert von etwa — 1 Mark hatte. Der angebliche Finder des Ringes, sowie der falsche Juwelier und Colligans Uhr und Ueberzieher waren natürlich schon verschwunden. Der „ehrliche Finder" hatte Colligan auch noch gesagt, wenn er mit dem Kauf nicht zufrieden sei, könne er ihm den Ring nach Nr. 52 Cherry-Street zurückbringen. Dort ist, wie die Polizei in Erfahrung brachte, eine — leere Baustelle. —

Englische bürgerliche Wahltechnik.

Aus London wird von Anfang Januar geschrieben:

Die jetzige Jahreszeit ist in London immer die Zeit der großen Ausverkäufe, alles drängt sich jetzt nach den großen Ladengeschäften, wo jeder so billig kaufen kann, wie nur möglich. Zu den Ausverkäufen sind in diesem Jahre die Parlamentswahlen hinzugekommen, und in 59 Wahlkreisen in London und in 611 Wahlkreisen im übrigen Großbritannien und Irland reden und agitieren meist je zwei, mitunter auch je drei Parlamentskandidaten, darunter die jetzigen und die früheren Minister, und sie bewerben sich um die Stimmen der verehrten Wähler mit derselben Energie, wie die Ausverkäufer in den Ladengeschäften um den Zuspruch des Publikums.

In England wird alles geschäftlich betrachtet und geschäftlich betrieben. Zwar geht es jetzt bei den Parlamentswahlen nicht mehr so geschäftlich zu wie früher, da die Stimmen durch Bargeld oder Versprechen von Aemtern eingehandelt wurden und die Wählerschaft an den Wahltagen bei freien Getränken und Speisen Orgien feierte, aber sehr geschäftlich geht es noch immer zu. Kein Geschäftsreisender kann findiger und beharrlicher sein, als der „Canvasser" bei den englischen Wahlen. Der „Canvasser", meist ein Herr, nicht selten auch eine hübsche junge Dame, ist der Stadtreisende seiner Partei, und wer ein britischer Wähler ist, wird nicht nur in der jetzigen Zeit mit aller möglichen Wahlliteratur überschüttet, er wird auch von den männlichen und weiblichen „Canvassers" beider Parteien oder, wenn noch ein besonderer Arbeiterkandidat im Wahlkreis aufgestellt ist, von den „Canvassers" aller drei Parteien aufgesucht und bearbeitet.

Der Ausdruck „Canvasser" ist ein rein geschäftlicher Terminus, er bezeichnet den Stadtreisenden, der für irgend ein Geschäft von Haus zu Haus geht und Kunden wirbt, sein Name bedeutet ursprünglich „Sieber", d. h. er ist der Mann, der das Publikum durch ein Sieb von Hanf (lat. cannabis) seiht und die Gewinn bringenden Kunden von der Spreu des übrigen Publikums sondert. Das ist nicht immer leicht, denn mancher wahlberechtigte Bürger hat Besseres zu tun, als die verschiedenen „Canvassers" zu empfangen und anzuhören, namentlich dann, wenn sie zu schnell nacheinander kommen oder wenn gar, wie es bei Geschäftsreisenden auch vorkommen soll, ein „Canvasser" von der einen Partei schon draußen an der Tür Einlaß begehrt, während der „Canvasser" der andern Partei noch drin in der Wohnung ist und dem Hausherrn die Vorzüge seiner Partei und seines Kandidaten anpreist.

Ist der so in erster Instanz vom „Canvasser" bearbeitete Wähler nicht für die Partei gewonnen, so setzt der „Canvasser" auf die Wählerliste, die er bei sich führt, ein Fragezeichen hinter den Namen, und ein andrer, noch beredterer „Canvasser" wird dann vom Wahlbureau zum Wähler geschickt. Kann auch der nichts machen, so fährt eines Tages der Herr Parlamentskandidat selbst in seinem Wagen vor, und mitunter war es dem Wähler darum zu tun, durch solchen Besuch ausgezeichnet zu werden, ehe er seine Stimme versprach. Durch solche unermüdliche Tätigkeit der Kandidaten und ihrer „Canvassers" wird es erreicht, daß 75 Prozent der englischen Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Man nimmt an, daß nicht die Hälfte der Wählerschar wirklich abstimmen würde, wenn die „Canvassers" nicht ihre Tätigkeit entfalteten.

Daß auch Damen als „Canvassers" verwendet werden, ist eine Neuerung, die die konservative „Primrose Liga" zuerst mit Erfolg eingeführt hat. Eine solche Dame, namentlich wenn

sie hübsch und elegant gekleidet ist, kann man nicht so leicht an der Tür abfertigen, wie einen männlichen „Canvasser“, auch wenn er den obligatorischen Zylinderhut trägt. Die hübsche, redegewandte Dame gewinnt das Herz der Hausfrau dadurch, daß sie ihre Kinder lobt und streichelt, und ungesehen läßt sie wohl auch Zuckerwerk oder gar ein kupfernes Pennystück in die Hand eines Kindes gleiten. Es geschieht sogar noch mehr, sie läßt beim Weggehen gelegentlich ein silbernes Zweischillingstück geräuschlos auf den Teppich fallen. Die „Corrupt Practices Act“ kann nicht verhindern, daß eine junge Dame einmal ein Geldstück verliert! „Ach, wie bin ich jetzt nachlässig!“ sagt die junge Dame, als sie darauf hingewiesen wird, daß sie ein Geldstück hat fallen lassen, und sie fügt hinzu: „Bitte, sehen Sie einmal nach, ob ich drin im Zimmer nicht auch Geld verloren habe!“ Und während drin im Zimmer gesucht wird, ist die junge Dame verschwunden, und das silberne Zweischillingstück hat sie mitzunehmen vergessen.

Der männliche oder weibliche „Canvasser“ will nach hartem Tagwerk, das oft von der eignen Wohnung vollbracht ist, auch essen und trinken, und die Partei sorgt für das leibliche Wohl ihrer „workers“ (Arbeiter) dadurch, daß sie auf Kosten der Parteikasse in Schullokalen oder ähnlichen Lokalen Büfetts errichtet, an denen die „Canvassers“ und sonstigen Helfer der Partei gegen Abgabe eines eigens für den Tag ausgestellten gedruckten Scheins ihre Mahlzeit erhalten. Nun kommt es aber bisweilen vor, daß diesen Büfetts schon reichlich zugesprochen wird, während die „Canvassers“ immer noch von Haus zu Haus gehen! Man sieht daraus, daß außer den wirklichen „Canvassers“ noch andre Personen im Wahlbezirk sich plötzlich so große Verdienste um die Partei erwerben, daß ihnen solche gedruckte Anweisungen auf eine freie Mahlzeit in die Hand gleiten. —

Vereins-Kalender.

Schönebeck. Volksverein. Am Donnerstag den 11. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“, Breiteweg 57, Versammlung. D. V.

Marktberichte.

Magdeburg, 6. Januar. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 169—172, mittel 160—166, gering 152—158, do. Sommer- gut 170—173, mittel 162 bis 169, do. Kolben Sommer- gut 175—180, do. Rauh- gut 164 bis 170, do. ausländischer gut 188—193. — Roggen ruhig, inländischer gut 165—168, mittel 156—164, ausländischer gut 168—172. — Gerste stetig, hiesige Chevalier gut 170—180, mittel 160—169, Land gut 156—166, ausländ. Futtergerste gut 136—138. — Hafer stetig, inländischer, gut 164—170, mittel 154—162, ausländ. gut 156—170. — Mais unverändert, runder gut 135—137, amerikan. bunter gut 132—135. — Erbsen unverändert, hiesige Viktoria-, gut 200—215, mittel 180—190, do. grüne Folger. gut 210—220 mittel 190—200. —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 28,00—41,00. Linsen 30,00—65,00. Eßkartoffeln 5,00—6,00. Richtstroh 4,00—5,00. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Keule 1,60—1,80. Bauchfleisch 1,40—1,50, Schweinefleisch 1,60—1,80, Kalbfleisch 1,40—1,60, Hammelfleisch 1,40—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,40 bis 2,80. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,80—5,60. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null.

Unstrut und Saale.

Straußfurt	6. Jan.	+ 1.10	7. Jan.	+ 2.20	—	1.10
Weißenfels Untp.	„	+ 0.68	„	+ 1.08	—	0.40
Trotha	„	+ 2.22	„	+ 2.40	—	0.18
Alsleben	„	—	„	+ 2.12	—	—
Bernburg	„	+ 1.50	„	+ 1.70	—	0.20
Calbe Oberpegel	„	+ 1.66	„	+ 1.78	—	0.12
Calbe Unterpegel	„	+ 1.14	„	+ 0.46	—	0.32

Iser, Eger und Moldau.

					Fall	Wuchs
Jungbunzlau	5. Jan.	— 0.06	6. Jan.	— 0.04	—	0.02
Laun	„	— 0.27	„	— 0.25	—	0.02
Budweis	„	— 0.03	„	— 0.02	—	0.01
Prag	„	— 0.38	„	— 0.29	—	0.09

Elbe.

Pardubitz	5. Jan.	+ 0.02	6. Jan.	0.00	0.02	—
Brandeis	„	— 0.11	„	— 0.08	—	0.03
Melnik	„	— 0.58	„	— 0.60	0.02	—
Leitmeritz	„	— 0.52	„	— 0.42	—	0.10
Aussig	6. „	— 0.20	7. „	— 0.18	—	0.02
Dresden	„	— 1.66	„	— 1.43	—	0.23
Torgau	„	+ 0.26	„	+ 0.38	—	0.12
Wittenberg	„	+ 1.30	„	—	—	—
Roßlau	„	+ 0.94	„	+ 0.94	—	—
Barby	„	+ 1.48	„	+ 1.60	—	0.12
Schönebeck	„	+ 1.20	„	—	—	—
Magdeburg	7. „	+ 1.32	8. „	+ 1.39	—	0.07
Tangermünde	6. „	+ 1.98	7. „	+ 2.09	—	0.11
Wittenberge	„	+ 2.00	„	+ 1.87	0.13	—
Broda-Dömitz	„	+ 1.74	„	+ 1.58	0.16	—
Lauenburg	„	+ 1.72	„	+ 1.70	0.02	—

Kassenbericht des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend.

Einnahme:		Ausgabe:	
Kassenbestand am 1. Oktober 1905	4463,92 Mk.	Oktober	2519,30 Mk.
Oktober	935,15 „	November	1017,40 „
November	1475,33 „	Dezember	2657,90 „
Dezember	1169,15 „	Kassenbestand am 31. Dezbr. 1905	1848,95 „
	8043,55 Mk.		8043,55 Mk.

Die Revisoren. Alb. Bethge. Kolliwitz. O. Frenzel.

Der Kassierer. Richert.

Bei den hohen Fleischpreisen leistet
MAGGI^s WÜRZE
mit dem Kreuzstern
der Hausfrau unschätzbare Dienste, um auf billige Art gute, schmackhafte Gerichte zu bereiten. 2213 (Kreuzstern)
Zu haben in Fläschchen von 35 Pf. an, nachgefüllt 25 Pf.

Umsonst u. franko sendet illustr. Pracht-Katalog herv. Neuheit. in Stahl-, Leder-, Gold-, Optik-, Spiel-, Musikw. etc., ca. 5000 Gegenst. enth. [illegible] interessant f. Jeden.
Fritz Hammesfahr Fabrik. u. Versandhaus, Foche bei Solingen. Bitte zu verlangen.

1/1 nat. Grösse.
Neuheit! Nur bei mir zu haben. D.R.G.M. 5jähr. Garantie.
Versand pr. Nachnahme od. vorh. Kassa.
Beste Rasiermesser der Welt.
Kronen-Diamantstahl . . M. 3.25
Kronen-Silberstahl . . . M. 2.25
Streichriemen . . . . . M. 1.00
Rasierschalen u. Pinsel à M. 0.50
Rasierseife u. -Pulver à M. 0.25
Haarschneidemaschine „Perfect“ M. 5.00
Oel-Abziehsteine in Etui à M. 2.50 u. 5.00
Kompl. Rasiergarnitur mit Blutstiller in feinem Etui M. 8.00.
Briefmarken nehme in Zahlung.
Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extravergünstigungen
Nachdruck verboten.

Wer bei **Kaphengst** kauft, spart Geld!
Bettfedern-Versand-Haus
Otto Kaphengst
Magdeburg-Sudenburg
1603 Muster franko!

Deutscher Holzarb.-Verband
Verwaltungsstelle Magdeburg. 364
Mittwoch den 10. Januar, abends 8 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38
Werkstatt-Delegierten-Versammlung!
Tagesordnung: 1. Bericht aus den Werkstätten. 2. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Verwaltung.

Schuhwaren! 876
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffel, auch aus Konkursmassen stamm. Waren.
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Gänsepökelfleisch mild gesalz., bei Moritz Weinberg, Berlinerstr. 1a.

Rabattmarken u. Rabattmarkenbücher kauft **J. Korn**, Ritterstr. 15, i. Lad.

Ein Schreiberlehrling per sofort gesucht Petersberg 8 I. 885

Man kauf. kei. Sendg. mei. Concurr. von ca 2½ Kilo sond. mein fff. extr. billig.
5 Kilo
Paket Ia Rauchlachs. Aal Sprotten ff. Bücklge. Schellf. u. Lachsher. ca 100 Ia Sardellher. 1 Dos. 30 marin. Fr. Her. 1 Dos. Rolm. u. Bismhr. Zus. nur 3¾ M. g. Nchn. E. Degener Fisch-Groß-Export v. 1881 Swinemünde 54 üb. 80 neu. Salzher. 2½! marinirte 2¾ M. ca. 70 Brathr. 2½ ca 80 ff. Rolm. 2½ ca 140 Norw. Bückl. 2 M.! 1/1 Dos. fff. Bismarkher. i. Tomatensauce 2¾.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschl.
Unsre Versammlung 882
findet am Dienstag den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, beim Kollegen Fernekorn, Sudenburg, Kurfürstenstraße 32, statt.
Kollegen, die gewillt sind, dem Verbande beizutreten, werden hierdurch ebenfalls eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Mein diesjähriger
Räumungs- und Reste-Verkauf
beginnt 2239
Montag den 8. Januar!
Derselbe bietet diesmal bei außerordentlich billigen Preisen sehr viel Vorteilhaftes.
Fr. Hartmann
Magdeburg-Neustadt
Schmidtstraße 56 Schmidtstraße 56

Allgemeiner Frauen-Verein
Montag, 15. Januar, abds. 8½ Uhr, in Richardts gr. Festsaal
3. Volks-Unterhaltungsabend
Frauen-Leben und -Liebe
Gesang, Rezitationen und verbindende Musikvorträge.
Jedermann willkommen. 2240
Eintrittskarten à 20 Pf., im Vorverkauf bei Peters, Breiteweg 150, Liesau, Hauptw. 3, u. i. all. Vorstädten. An d. Kasse 25 Pf. — Näh. d. Plakate.

Täglich: Frische grüne Heringe. Otto Mathees, Westerhüsen.

Walhalla.
Das großartige Januar-Programm
Allabendlich stürmischer Erfolg!

Burg.
Ein tücht. Zuschneider und Modelleur
zu sofort gesucht. 2283
Aug. Schmidtchen
Schuhfabrik, Burg.

Lagerhalter.
Wir suchen zum **1. März d. Js.** für unsre Verkaufsstelle in Frohse einen tüchtigen, **kautionsfähigen Lagerhalter.** — Schriftliche Offerten sind bis zum **15. d. Mts.** zu richten an den 2282
Konsumverein „Biene“ für Schönebeck a. Elbe u. Umg.
E. G. mit beschränkter Haftpflicht zu Schönebeck a. Elbe.

Wilhelm-Theater.
Dienstag den 9. Januar 1906
Bruder Straubinger.

Stadt-Theater.
Dienstag den 9. Januar 1906
Lohengrin.

Im Zirkus
Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr
Gastspiel des Metropol-Ensemble u. der Balton-Truppe
Die lebende Brücke
(The span of Life)
Großes amerikanisches Sensationsstück in 4 Akten (10 Bilder) nach dem Englischen.
Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier von Otto Vogler, hier, die Kostüme von Baruch u. Co., Berlin.
Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei Jacobs, Ulrichsbogen.
Morgen Mittwoch, nachmittags 4 Uhr
Aschenbrödel.
Zaubermärchen in 5 Akten.
Preise: Erwachsene auf allen Plätzen (außer Loge) 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Am Sonnabend, 8¾ Uhr abends, wurde unsre liebe Mutter

Witwe Regine Schoch

von ihrem langen schweren Leiden durch einen Herzschlag sanft erlöst.

Dies zeigen hiermit allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stilles Beileid an

Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag ½3 Uhr auf dem Westfriedhof statt. Beileidsbezeugungen erbitten nach Rotekrebsstraße 39. 884

Nachruf.

Am Sonnabend starb die Witwe des vor einigen Jahren durch einen Sturz vom Rade verstorbenen Genossen Karl Schoch

Wwe. Regina Schoch

nach langem schweren Leiden an einem Herzschlag. Die Verstorbene stand in den Zeiten des bittersten Kampfes treu und fest an der Seite ihres Mannes. Die Parteigenossen Magdeburgs werden der Toten ein bleibendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 6. Januar.

Eheschließungen: Rittergutsbesitzer Max Burchardt mit Margarete Bertog. Wachtmeister Willi Hebekerl mit Anna Tietze. Dipl.-Ingen. Alfred Hävemeier mit Erna Müller. Graveur Max Wünsche mit Auguste Reble geb. Frank. Eisenb.-Assistent Wilhelm Müller mit Emilie Borutrick.

Geburten: Siegfried, S. des Magistrats-Bureau-Assistenten Wilh. Künne. Kurt, S. des Buchhalters Oskar Brühl. Hedwig, T. des Buchdruckers Herm. Röhl. Johannes Heinrich, S. des Prokuristen Albert Bunz. Lucia, T. des Schmieds Adalbert Schulz. Gustav, S. des Arbeiters Gustav Fuhr. Olga, T. des Malers Louis Ferchland. Ella, T. des Arb. Heinrich Thormeyer.

Todesfälle: Oberleitungs-Aufseher Joh. Lotz, 39 J. 9 M. 6 T. Elvira, T. unehel., 1 J. 4 M. Max, S. unehelich, 2 M. 9 T. Charlotte, T. unehelich, 17 T. Franz, S. des Obergarderobiers Otto Brückmann, 9 M. 24 T.

Sudenburg, 6. Januar.

Eheschließungen: Kaufm. Gustav Waldow in Göttingen mit Alma Meyer hier. Arbeiter August Horstmann mit Anna Dietz.

Geburten: Walli, T. des Schlossers Franz Kählitz. Eduard, S. des Eisenb.-Arb. Ed. Tischbein.

Todesfälle: Gertrud, T. des Malers Friedr. Peters, 16 T. Klara geb. Hoffmann, Ehefrau des Lokomotivführers Otto Moritz, 44 J. 6 M. 9 T.

Totgeburt: S. des Ackerbürgers Otto Glade.

Buckau, 6. Januar.

Aufgebote: Arb. Karl Kurzweg mit Helene Koch. Regierungsbaumeister Georg Crayen mit Margarete Engel.

Eheschließungen: Schlosser Willi Dick mit Putzmacherin Berta Seydel. Schmied Hermann Hulsch mit Helene Winter.

Geburt: Lisbeth, T. des Arb. Gustav Oerlecke.

Neustadt, 6. Januar.

Eheschließungen: Kutscher Richard Henschke mit Auguste Kinne. Arb. Gust. Fricke mit Minna Kölling.

Geburten: Lucie, T. des Schuhm. Karl Gericke. Kurt S. des Schlossers Gustav Steinwehr. Otto, S. des Schlossers Gustav Lehmann.

Todesfall: Ehefrau des Privatm. Friedr. Robra, Hermine geb. Geyer, 60 J. 5 M. 10 T.

Burg, 5. Januar.

Geburt: S. des Fabrikarbeiters Friedrich Krause.

Vom 6. Januar.

Eheschließungen: Arbeiter Heinrich Otto Haberland mit Lina Agnes Näther. Lagerarb. Friedrich Wilhelm Karl Siebert mit Auguste Marie Schlinzel. Landwirt Albert Karl Rosenbaum in Magdeburg mit Henriette Auguste Müller hier.

Geburten: S. des Kolport. Emil Frömke. S. unehel. T. des Geschäftsführers Ernst Hahne. T. des Tischlers Hermann Tiest.

Halberstadt.

Vom 2. bis 4. Januar.

Aufgebote: Buchhalter Wilh. Louis Lüddecke hier mit Ottilie Friederike Anna Rienäcker in Quedlinburg. Arbeiter Stephan Behring mit Marianna Makowski in Heinsrot bei Thorn. Arbeiter August Grosch in Wegeleben mit Henriette Karoline Auguste Schlamm in Reinstedt. Arbeiter Bronislaus Malinowski in Groß-Mocker mit Julianna Lipinski in Gozywna. Steinmetz Albert Steffen in Hasserode mit Anna Michaelis in Angern. Arb. Karl Otto Jünemann in Quillschina mit Anna Henriette Schröder in Salzmünde. Arbeiter Ludwig Dudka mit Marianna Kazmierczek in Cherolis zew. Ziegeleiarbeiter August Heinemann mit Miendowicz. Schlosser Wilhelm Boehle hier mit Minna Winter in Aschersleben. Kaufmann Karl Wontlau mit Margarete Hesselbart. Arbeiter Wladislaus Nawzocki in Ostrowo mit Josepha Jamroszczyk in Wichohow.

Geburten: T. des Tischlers Robert Becker. Zwillingst. des Arbeiters Heinrich Becker. S. des Bildhauers Christian Geikler. T. des Vizewachtmeisters Friedrich Oppe. T. des Kaufmanns Koppel Spindel. S. des Schlossermeisters Karl Bierwirt. S. des Stellmachers Wilhelm Bothe. S. des Bahnarbeiters Franz Schwarze. T. des Kontorboten Hermann Bosse. S. des Bäckermeisters Gustav Bock. S. unehelich. T. des Kutschers Gustav Hartmann.

Todesfälle: Anna, T. des Arbeiters Robert Heimbroth, 2 M. Martha, T. des Postschaffners Albert Lehmann, 10 M. Anna, T. des Arbeiters Heinrich Becker, 3 T. Martha, T. des Arbeiters August Weise, 2 J. Berginvalide Christian Arms aus Wolmirsleben, 63 J. Otto, S. des Arbeiters Emil Schneider, 8 M.

Schönebeck.

Aufgebot: Fabrikarb. [illegible] Karl Pfeiffer mit Berta [illegible] Schulze.

Geburten: Gerda Ber[illegible] des Schirrmanns Wilh. Bahr. [illegible] S. des Gasschlossers Gustav [illegible] Karl, S. unehelich. Helene [illegible] ehelich. Johannes, S. des [illegible]eigners August Wilhelm [illegible] Friedrich. Margarete, T. des Eisendrehers Karl Spiegel.

Todesfall: Karl, S. des Kesselheizers Karl Wedekind, 2 M.

Staßfurt.

Aufgebot: Arb. Otto Köthe mit Marie Götze in Calbe a. S.

Geburten: T. des Arb. Joh. Becker. T. des Arb. Alb. Ilgenstein. S. des Arb. Ernst Gertenbach. S. des Fabrikarb. Gustav Bischoff. S. des Arb. Karl Siede. T. des Arb. Alb. Przybilski. T. des Kernmachers Karl Strobach.

Todesfall: Gertrud Lutz, 9 M.

Lange & Münzer

5la Breiteweg 5la

Unser diesjähriger

Inventur-Räumungs-Verkauf

beginnt heute Dienstag den 9. Januar

Diese Waren sind vom Umtausch ausgeschlossen

Solange Vorrat reicht

Sämtliche Waren in allen Abteilungen sind im Preise ganz bedeutend ermäßigt auf Extratischen ausgelegt

Ein großer Posten neuste Muster
Sächsische und Schweizer Stickereien
bis zur **Hälfte des Wertes.**

Ein großer Posten
Spitzen u. Einsätze in Valenciennne, Tüll und Spachtel — Teneriffa-Genre —

Serie	I	II	III	IV
jetzt Meter	2	8	12	18 Pf.

Ein großer Posten
Rock-Volants in vielen Farben
jetzt Meter **16** Pf.

Ein großer Posten
Waschblusen

Serie I	früherer Wert bis Mk. 1.50	jetzt nur Mk.	0.55
Serie II	früherer Wert bis Mk. 2.95	jetzt nur Mk.	1.12
Serie III	früherer Wert bis Mk. 4.50	jetzt nur Mk.	1.50
Serie IV	früherer Wert bis Mk. 10.50	jetzt nur Mk.	2.00
Serie V	früherer Wert bis Mk. 11.75	jetzt nur Mk.	3.00

Ein großer Posten
Seiden- und Woll-Blusen
[illegible]
bis zur Hälfte des Wertes.

Ein großer Posten
Ballayeusen
in Seide, Batist und Moiré
Wert bis 1.25, jetzt Meter **10—50** Pf.

Ein Posten
Glacéhandschuhe
im Fenster verblichen, Wert bis 2.00, jetzt **25** Pf.
weiß mit bunter Stepperei, früher 2.00, jetzt **1.15.**

Ein großer Posten
Sommer-, Winter- u. Ball-Handschuhe

Serie	I	II	III	IV	V
früher bis	20	35	60 Pf.	1.00	1.50
jetzt Paar	10	15	25	50	75 Pf.

Ein Posten
Damen- u. Kinderhüte
in [illegible] Farben

In der Putz-Abteilung !!
Sämtliche ungarnierten Hüte
Sämtliche englisch garnierten Hüte
Sämtliche garnierten Hüte
bis zur Hälfte des früheren Preises!
Ein großer Posten Hutblumen, Phantasiefedern und Federpompons . Wert bis Mk. 1.50 jetzt 25 Pf.

Ein großer Posten
Kinder-Kapotten in Seide, Filz u. Plüsch
Serie I . . . . Wert bis Mk. 2.50 jetzt **75** Pf.
Serie II . . . . 4.75 jetzt **1.00**

Ein großer Posten
Kinderjäckchen in marine und rot
Serie I . . . . Wert bis Mk. 1.65 jetzt **75** Pf.
Serie II . . . . 2.50 jetzt **1.00**

Ein großer Posten
Tändelschürzen . . . . jetzt **38** und **25** Pf.
Kinderhänger gestreift . . . jetzt Stück **20** Pf.

Ein großer Posten
Schürzen !! vom Lager [illegible] bis zur Hälfte des Preises.

Ein großer Posten
Tuch-, Halbtuch- u. Seiden-Unterröcke
jetzt von Mk. **1.25** bis **15.00**

Selten günstiger
Gelegenheitskauf
in
Seidenstoffen und Seidenbändern

Blusen-, Kleider- und Besatz-Seide enorm billig.

Reste in Seidenstoffen von **20** Pf. an

Reinseidener Taffet Wert bis 3.50 jetzt Mk. **1.00**

Bänder: glatt, gemustert, chiné usw.

Serie I	Wert bis 35, jetzt Meter	10 Pf.
Serie II	Wert bis 75, jetzt Meter	18 Pf.
Serie III	Wert bis 1.00 jetzt Meter	40 Pf.
Serie IV	Wert bis 1.85 jetzt Meter	75 Pf.
Serie V	Wert bis 3.50 jetzt Meter	1.25

Ein Posten Wasch- und Wollstoffe sowie Reste !! zur Hälfte des früheren Preises

Ein großer Posten
Sofakissen, Nadelkissen sowie Lampenschirme . . mit **25 Prozent Rabatt**

Ein großer Posten
Ballkragen, Seiden- und Chiffon-Stolas in schwarz und weiß — bis zur Hälfte des früheren Preises

Ein großer Posten
Straussfedern-Boas
Marabou-Stolas . . .
Hahnenfedern-Kolliers bis zur Hälfte des früheren Preises

Ein großer Posten
Taschentücher Rein Leinen, gesäumt im Karton, Wert früher 5.50 und 6.00 jetzt Dtzd. **4.10**

Ein großer Posten zurückgesetzter
Strauss-, Hahnen- u. Krimmer-besätze sowie Plüschrollen
Wert bis 3.00, jetzt Mtr. **25 10 5** **2** Pf.

Ein großer Posten
Halbfertiger Roben nur neuste, eleganteste Dessins
in Leinen, Batist, Seidenbatist, Japan-Seide, Seiden- und Waschtüll
Paillette-Roben halbfertig
in eleganter Ausführung, in schwarz und weiß
!! besonders billig

Ein großer Posten **Kostüm-Röcke** in modernsten Stoffen
neuste Fassons jetzt **7.25 6.00 4.00 2.60 2.30**

Ein großer Posten **Stickerei- und Valencienne-Unterröcke**
jetzt **5.50 3.25 2.50 2.00**

hat einen Revolver!" Darauf kam der Christliche herzu und sagte: „Da habt Ihr den Revolver", und dabei warf er den Gegnern eine Handvoll Pfeffer in die Augen. Ein zweiter Christlicher kam hinzu und zog ein Messer aus der Tasche. Erst darauf versetzte ihm einer der Streikenden einen Schlag. Die Ausständigen erklärten, daß sie die ganze Sache für einen geplanten Ueberfall hielten. Dafür spricht auch die Beobachtung, die das Ehepaar auf dem Heimweg gemacht hat. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. Januar 1906.

Die Konkurrenten der Arbeitersekretariate.

Auf der Konferenz gemeinnütziger und kommunaler Rechtsauskunftsstellen, die am Sonnabend in Magdeburg tagte, wurde von mehreren Rednern die Gegnerschaft der Arbeitersekretariate gegen die kommunalen Auskunftsstellen hervorgehoben, und ein Redner meinte gar, es sei „bezeichnend" für das Verhältnis der Arbeitersekretariate zu den „unparteiischen" Auskunftsstellen, daß die „Volksstimme" die Ankündigung der Konferenz mit der Stichmarke „Die Konkurrenten der Arbeitersekretariate" versehen habe. Die Tatsache stimmt. Dagegen sind die Schlußfolgerungen, die auf der Konferenz daran geknüpft wurden, samt und sonders falsch. Daß der Ausdruck „Konkurrenten der Arbeitersekretariate" nicht so verstanden sein will, wie ihn die Kommunalbureaukraten offenbar auffassen, sollte doch schon daraus hervorgehen, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sich bisher nirgendwo ablehnend gegen die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen verhalten haben. Unsre Genossen im Magdeburger Stadtparlament stimmten für das Auskunftsbureau, und in andern Städten verhielten sich die Arbeitervertreter nicht anders. Nach Gegnerschaft gegen diese Art Rechtsauskunftsstellen sieht das aber nicht aus!

In der Tat schätzen wir die kommunalen Auskunftsbureaus viel zu niedrig ein, um aus ihrer Tätigkeit Befürchtungen für die Arbeitersekretariate abzuleiten. Wie in aller Welt wollen diese kümmerlichen Gebilde, die meistens nur mit Widerwillen errichtet wurden, denn den Arbeitersekretariaten gefährlich werden, den Arbeitersekretariaten, die durch ihre Entwicklung und ihr Wirken so laut Zeugnis ablegen von den Kräften und der Leistungsfähigkeit der Gewerkvereinsdemokratie? Was aus eigner Kraft geschaffen wurde und vorhandenen Bedürfnissen seine Entstehung verdankt, ist immer lebenskräftiger wie Organe, die ein Zwangsgebot ins Leben gerufen hat. Die Arbeitersekretariate fürchten die Konkurrenz der kommunalen Rechtsauskunftsstellen ebensowenig wie die elektrische Bahn die Konkurrenz des Droschkenkutschers. Es ist Raum zur Betätigung für beide vorhanden, die überragende Bedeutung kommt aber den Schöpfungen der Arbeiterschaft zu. Das ist es ja gerade, was die preußische Regierung so bitter empfindet. Deshalb hat am 2. Juli 1904 der Handelsminister sein Rundschreiben an die Regierungspräsidenten erlassen, in dem diese aufgefordert wurden, in ihren Bezirken die Gemeinden „zur Begründung nicht gewerbsmäßiger unparteiischer Rechtsberatungsstellen" aufzufordern. Auf dieses Rundschreiben ist die so plötzlich erwachte Erkenntnis für das Bedürfnis nach Auskunftsstellen bei den Gemeinden zurückzuführen. Und deshalb reden wir von Konkurrenten [illegible] weil [illegible] ihnen der Ausdehnung der [illegible]sekretariate entgegenwirken will, nicht weil die Arbeiter[illegible]te diese Konkurrenz irgendwie unangenehm empfinden.

Ein Institut, das wie das Soziale Museum in Frankfurt a. M. ziemlich unabhängig von den Behörden ist und von Leuten unterhalten wird, die kein unmittelbares Interesse an der Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit der Arbeiterbewegung haben, mag wohl etwas Ordentliches auch auf dem Gebiete leisten, das die Rechtsauskunftsstellen für sich okkupierten. Aber die Arbeitersekretariate zu ersetzen, vermag auch es nicht. Die Arbeiter brauchen energische Sachwalter ihrer Interessen, und dazu eignen sich nur die Arbeitersekretäre, aber nicht Beamte „neutraler" Institute oder gar Gemeindebureaukraten. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß das Geschwätz, das immer gegen die Sekretariate gerichtet wird, sie seien nicht „unparteiisch", irgend einen Grund hätte. Der Rechtsauskunftsuchende kann nur eine Auskunft erhalten, die mit dem Gesetz übereinstimmt. In gleichartigen Fällen muß der Arbeitersekretär auch die gleiche Auskunft erteilen wie der kommunale Beamte, falsche [illegible] korrigiert der Richter. „Parteiisch" kann der Sekretär bei der Auskunft gar nicht sein, selbst wenn er es wollte. Dann allerdings, wenn die Auskunft erteilt ist und die Rechtshilfe beginnt, dann muß der Sekretär Partei ergreifen, seine Tätigkeit ist um so bedeutungsvoller, je energischer er sich mit seinen Klienten identifiziert und für sein Recht eintritt, und der Hauptvorwurf, der gegen die kommunalen Rechtsauskunftsstellen erhoben werden muß, ist ja gerade der, daß sie es an dem nötigen Nachdruck vermissen lassen und vermissen lassen müssen, wenn es sich darum handelt, Rechtshilfe zu erweisen.

Als Herr Dr. Stein am Sonnabend nachmittag sein Referat über die Erfahrungen bei der Auskunftserteilung beendet hatte, spendete man ihm lebhaften Beifall. Wofür, ist uns nicht recht klar geworden, denn der größte Teil des Inhalts des Vortrags kann doch die Zuhörer nicht befriedigt haben. Hauptbedingung ist, so meinte Herr Stein, daß der Auskunfterteilende kein Bureaukrat ist! Dann müssen die kommunalen Bureaus alle geschlossen werden, denn in ihnen sitzen ja ausschließlich Leute, die in der städtischen Bureaukratie groß geworden sind. Herr Stein empfahl den Beamten, in Arbeiterversammlungen zu gehen, Referate zu halten, sich mit den Arbeitern vertraut zu machen. Du lieber Himmel, wie lange wohl ein städtischer Beamter in Preußen sein Amt in der Auskunftsstelle behielte, wenn er diesem Rate folgen wollte! Nein, die städtische Bureaukratie eignet sich durchaus nicht dazu, die Arbeiten zu übernehmen, die heute den Arbeitersekretären übertragen sind. Auf beschränktem Gebiete kann die kommunale Auskunftsstelle gewiß auch Gutes leisten, aber dem Arbeitersekretariat irgendwelchen Abbruch tun, das vermag sie nicht.

Die tönenden Worte von der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Arbeitern und Bourgeoisie sollte man daher auf solchen Konferenzen doch lieber ganz unterlassen. Damit erreicht man nur, daß das bißchen Gute, das die kommunalen Rechtsauskunftsstellen leisten können, in Frage gestellt wird. Die kommunalen Auskunftsstellen werden am besten neben den Sekretariaten der Arbeiter die bescheidene Rolle spielen, die ihnen zukommt, wenn sie recht wenig daran denken, den Sekretariaten Abbruch zu tun. Die Auffassung aber, man könne mit solchen Mitteln die Arbeiter wieder an die Seite der Bourgeoisie führen, ist so absurd, daß man sie allenfalls dem langen Möller zutrauen konnte, aber nicht den klugen Leuten, die in den Gemeinden die Geschäfte der Bourgeoisie wahrzunehmen haben. —

— **Witwe Regine Schoch †.** Am Sonnabend abend starb die Witwe des vor einigen Jahren durch einen jähen Sturz vom Rade so plötzlich aus dem Leben gerissenen Genossen Karl Schoch. Die Verschiedene war seit etwa 20 Jahren krank, doch hielt sie auch in den schwersten Zeiten des proletarischen Klassenkampfes tapfer an der Seite ihres Mannes aus, der als unerschrockener Kämpfer besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes auf den gefährlichsten Posten stand. Durch seine rastlose Tätigkeit und seinen lebhaften Eifer im Interesse der Arbeiterbewegung hat sich Karl Schoch ein Denkmal in den Herzen der Magdeburger Arbeiterschaft gesetzt. Nun ist ihm seine treue Lebensgefährtin in den Tod gefolgt. Auch ihr wird die Magdeburger Arbeiterschaft ein dauerndes Andenken bewahren. Vier erwachsene und ein schulpflichtiges Kind trauern an dem Sarge der Toten. —

— **Herr Dr. Böcker,** seines Zeichens Rechtsanwalt in Magdeburg und in seinen Mußestunden hin und wieder nationalliberaler Agitator, hielt in einer Versammlung in Westerhüsen einen Vortrag, über den die „Magdeb. Ztg." in folgender Weise berichtet:

„Nachdem er zunächst die beiden Begriffe Wirtschaft und Volkswirtschaft genau umgrenzt hatte, gab er eine fesselnde Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Wirtschaftspolitik seit der Urzeit, die er mit treffenden Beispielen begleitete. Darauf besprach er die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik der Nachbarländer Rußland, Italien, Frankreich und England, immer in vergleichender Bewertung mit den deutschen Verhältnissen. Im zweiten Teile wandte er sich der deutschen Wirtschaftsentwicklung im besondern zu und führte an reichem statistischen Material die verschiedenen Faktoren unsres Wirtschaftslebens, so Ackerbau, Viehzucht, Industrie, Handel, Gewerbe (Kunstgewerbe), Import, Export, Verkehrswesen (besonders Schiffahrt), Bevölkerungszahl, Bevölkerungsvermehrung, Bevölkerungsverschiebung usw. vor. Schließlich unterzog er die neuen Steuervorlagen einer genauen Besprechung und Kritik."

Das ist wirklich eine ganz anständige Leistung, die der Herr Dr. Böcker da vollbracht hat. Wie viel Tage hat er aber geredet? Zur Beurteilung nationalliberaler Ausdauer wäre es interessant, auch darüber etwas zu erfahren! —

— **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am Donnerstag zur üblichen Zeit statt. Die Tagesordnung enthält kleinere Vorlagen und eine Reihe Haushaltpläne, die von der letzten Sitzung übrig geblieben sind. —

— **Freireligiöse Gemeinde.** In der am Sonntag nachmittag im Gemeindehause stattgefundenen Gemeindeversammlung wurde der Vorstand für das Jahr 1906 neugewählt. Die Vorschlagsliste umfaßte 36 Namen, während 20 Vorstandsmitglieder und 3 Ersatzmänner zu wählen waren. Gewählt wurden die Herren Gustav Rolle, Gustav Böhme, Ehrenfried Finke, Hermann Rose, Andreas Ehricke, Emil Kirchner, Albert Schulz, Hermann Dieck, Wilh. Meyer, Gustav Kriegsmann, Hermann Mühlberg, Karl Magel, Martin Biery, Robert Kamm, Albert Weder, August Klaas, Ewald Retzlaff, Karl Görz, Karl Klees, August Ebert als Vorstandsmitglieder, und die Herren Friedrich Bodenstein, Hermann Giesecke und Heinrich Seeger als Ersatzmänner. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig sehr schwach. Von der Versammlung wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erörtert. —

— **Achtung, Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter!** Der Arbeitgeberschutzverband für die Holzbearbeitungsbranche und die freie Vereinigung der Tischlermeister Magdeburgs haben mit den bei ihnen Beschäftigten einen Vertrag abgeschlossen, wonach am 1. Januar dieses Jahres der Neunstundentag eingeführt werden soll. Gleichzeitig wurde ein jeder Arbeitgeber verpflichtet, auf den bis 1. Januar gezahlten Lohn 2 Pfg. Aufschlag zu zahlen. Es sind uns einige Betriebe genannt worden, welche die vertraglichen Bestimmungen nicht erfüllt haben. Wir machen deshalb unsre Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie, wenn sie von der Nichtbewilligung betroffen worden sind, ohne weiteres die Arbeit einzustellen haben.

Die Gauverwaltung Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

— **Fünf Korbmacher** des Obermeisters Reinecke, St. Michaelstraße 23, stellten heute früh die Arbeit ein. Bei einer 65stündigen Arbeitszeit haben die Arbeiter des Herrn Obermeisters verdient: Nr. 1 17,52 Mark oder 27 Pfg. pro Stunde, Nr. 2 19,21 Mark oder 29½ Pfg., Nr. 3 16 Mark oder 24,6 Pfg., Nr. 4 14 Mark oder 21,6 Pfg., Nr. 5 20 Mark oder 30,7 Pfg., Nr. 6 und 7 je 14 Mark oder 21,6 Pfg., Nr. 8 in 40 Stunden 7 Mark oder 17½ Pfg. pro Stunde. Einsichtsvolle Arbeitgeber müßten es einsehen, daß mit diesen Hungerlöhnen heute niemand seine Familie ernähren kann und würden beizeiten ihren Arbeitern entgegenkommen, um größeren Konflikten vorzubeugen. Leider ist nichts geschehen und so kam, was kommen mußte, — der Ausstand. In der ersten Woche des Dezember wurde eine Verständigung mit dem Herrn Obermeister seitens der Verbandsleitung der Holzarbeiter geplant, jedoch lehnte Herr Reinecke glatt ab. Er einigte sich darauf mit seinen Leuten selbst und ein Mehrverdienst von 2—5 Mark war das Resulat. Aber die Zugeständnisse wurden wieder zurückgezogen. Herr Reinecke erklärte, nichts zugestanden zu haben und das Holz müsse so verarbeitet werden, wie es da wäre, und um seinen Worten den nötigen Nachdruck zu geben, wurden sofort einige entlassen resp. gekündigt. Die Geduld dieser Hungerleider hatte nun ein Ende, sie verweigerten die Weiterarbeit und beauftragten deshalb die Verbandsleitung, Herrn Reinecke folgende Forderungen zu übermitteln und die Erledigung der Streikfrage nur durch den Verband geschehen zu lassen, um für die Zukunft nicht den Launen des Herrn Reinecke ausgesetzt zu sein. Verlangt wird: 1. Sämtliches Material muß geputzt und sortiert zur Verarbeitung geliefert werden. (Heute muß ein Arbeiter, um eine Woche zu arbeiten, zwei Tage Holz putzen ohne irgendwelche Bezahlung.) 2. Die Arbeitszeit dauert nur 10 Stunden (jetzt 65 Stunden pro Woche) und im Sommer 12—14. 3. Zurücknahme der Kündigungen. 4. Ueberstunden sind mit 10 Pfg. Aufschlag zu bezahlen. Wir sind nun neugierig, wie sich Herr Reinicke zu den ganz selbstverständlichen Forderungen stellen wird. An den Korbmachern Magdeburgs liegt es, ihren kämpfenden Kollegen Solidarität zu bewahren. —

— **Herr Walter Böhme** in der Neuen Neustadt, Umfassungsstraße 15 wohnend, ersucht uns zu der Feststellung, daß er nicht identisch ist mit dem Schlosserlehrling Walter Böhme, der am Donnerstag wegen Diebstahls bestraft wurde. —

— **Unfall.** Am Sonntag vormittag zog sich das Dienstmädchen Anna Schurick beim Waschen infolge Einreißens einer Nadel eine Handverletzung zu. Die Verletzte fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt. —

— **Die Januar-Ausstellung des Kunstvereins** ist eröffnet worden. Sie bringt Kollektionen zweier einheimischer, erst seit kurzem der hiesigen Kunstgewerbeschule als Lehrer angehörigen Künstler, W. Achtenhagen und W. Giese. Sodann eine größere Gruppe von Aquarellen des Märkischen Künstlerbundes, Werke von Ernst Liebermann und schließlich eine Kollektion des vielgenannten, vielbewunderten und vielbefehdeten nordischen Malers Eduard Munch. —

— **Im Zirkus** ging am Sonntag vor beinahe ausverkauftem Hause und mit kolossalem Beifall das große amerikanische Sensationsstück „Die lebende Brücke" in Szene. Die Direktion hofft daher aller Repertoirsorgen enthoben zu sein. — Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr geht wieder eine der so beliebten Kindermärchen-Vorstellung in Szene. Zur Aufführung gelangt „Aschenbrödel". Erwachsene zahlen auf allen Plätzen (außer Loge) 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. —

Kleine Chronik.

Opfer eines Gewittersturms.

Aus Konstanz wird gemeldet: Bei einem Gewittersturm sind auf dem Radolfzeller See fünf von der Arbeitsstätte heimkehrende Personen, Fabrikmädchen und Arbeiter, ertrunken. —

700 Personen ertrunken.

Einem noch unbestätigten Gerücht aus London zufolge ist in der Höhe von Needles ein Dampfer gesunken. Es heißt, 700 Personen seien hierbei umgekommen. —

Eine Kasernenhofszene.

Ein Rekrut der 2. Kompanie des 3. Hanseatischen Regiments „Lübeck" Nr. 162 in Lübeck schlug auf dem Kasernenhof bei einer Paradeschrittübung den Leutnant Heerlein mit dem Gewehrkolben nieder. Leutnant H., der sehr beliebt ist, wurde schwer verletzt. Der Täter soll bereits kürzlich einen Sergeanten bedroht haben. —

Tödlich verunglückter Deserteur.

Zwischen den Stationen Kandrzin und Rudzinitz sprang der Infanterist Hammerling vom 157. Regiment in Brieg, der vom Weihnachtsurlaub nicht zurückgekehrt war und deshalb von einem Unteroffizier abgeholt wurde, aus dem Zuge. Er erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er bald darauf starb. —

Gendarmen als Erpresser.

Unter dem Verdacht der Erpressung wurden die Gendarmen Ebel in Neubeckum und Schöne in Oelde verhaftet. Auf dem Kl. Westhoffschen Hofe in Vellern trieb seit einiger Zeit, wie wir bereits mitteilten, ein „Spuk" sein Unwesen und beunruhigte nicht nur die Bewohner des Hofes, sondern auch die Einwohnerschaft der ganzen Gegend in hohem Grade. Mit der Untersuchung der rätselhaften Angelegenheit wurden die beiden Gendarmen beauftragt. Diese gaben sich Tag und Nacht alle erdenkliche Mühe, es gelang ihnen auch, die erwachsene Tochter des Hauses als Urheberin des „Spuks" zu ermitteln und zum Geständnis zu bringen. In dem irrigen Glauben, daß ihrer Tochter eine schwere Gefängnisstrafe bevorstehe, bot die geängstigte Mutter den Gendarmen je 20 000 Mark Schweigegeld in barem Gelde und in Wertpapieren. Die Beamten nahmen das verlockende Angebot an. Als später ein Angehöriger der Familie von der Sache erfuhr, erstattete er Anzeige, die die Verhaftung der beiden Gendarmen zur Folge hatte. —

Vierzehn Menschen erfroren.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden vom 1. bis 5. Januar in den Provinzen Schlesien und Posen vierzehn Menschen erfroren aufgefunden. —

Ein lustiger Rathauskonflikt

will wieder einmal in Nürnberg zum Ausbruch kommen. Die Ursache dazu wird den Witzblättern einen sehr dankbaren Stoff liefern. Der Erste Bürgermeister, Herr v. Schuh, ist ein Mann, der der Bevölkerung gern das Schauspiel von Fürstenempfängen bietet. Es war ihm stets sehr mißlich, daß bei solchen Gelegenheiten die Stadtväter im schwarzen Rock und Zylinder einhergehen mußten und sich in keiner Weise von dem sonstigen Hurrapublikum unterschieden. Da nun in diesem Jahre wegen der Landesausstellung wieder Fürstenbesuche zu erwarten sind, hat er in geheimer Sitzung des Magistrats einen Beschluß durchgesetzt, daß die Mitglieder der städtischen Verwaltung bei festlichen Gelegenheiten eine „Repräsentationsuniform" nebst Schiffhut und Degen tragen sollen. Dieser Beschluß ist jetzt bekannt geworden; das freisinnige Rathausorgan, dessen Chefredakteur selbst Gemeindebevollmächtigter ist, ist darüber fürchterlich entrüstet und sucht das Gemeindekollegium scharf zu machen, daß es für seine Mitglieder diesem Beschluß nicht zustimme. So wird es also im Rathaus wieder einmal einen vergnüglichen Krieg geben. Ueberdies wird den Nürnberger Rathausliberalen die Uniform ganz gut stehen, und wenn sie sich dazu auch noch einen recht dicken Zopf anschaffen, so wird alles schön zusammenpassen. — g.

Kleine Tageschronik. In Berlin vergiftete sich ein 28jähriger Maschinenheizer und seine Braut. — Bei Wernsbach wurde der Gürtler Lehnert aus Mank ermordet und beraubt. — In Schübelhammer in Oberfranken verbrannte ein 17jähriger Bursche infolge der Explosion einer Petroleumlampe. — An einer Kohlendunstvergiftung starben in Borkau bei Danzig der Rentier Joachim und seine Frau. — In einem niederbayrischen Dorfe bei Regensburg prügelten sich dieser Tage zwei Frauenzimmer derart, daß die eine an den erlittenen Verletzungen gestorben ist. —

Letzte Nachrichten.

Zur Stadtverordnetenstichwahl in Burg.

(Privat-Telegramm der „Volksstimme".)

Burg, 8. Januar, 2½ Uhr mittags. Am heutigen ersten Stichwahltage wurden für unsre Genossen Bildhauer Max Blumtritt und Tischlermeister Gustav Stollberg je 227 Stimmen abgegeben. Die bürgerlichen Kandidaten Bureauvorsteher Tiefenbach und Tischlermeister Herger erhielten je 127 Stimmen. —

* **Hamburg, 7. Januar. Die 17 Volksversammlungen, welche gestern abend von der Sozialdemokratie abgehalten wurden, um gegen den geplanten Wahlrechtsraub zu protestieren, waren überaus stark besucht. Ueberall wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Volksversammlung ist entschlossen, mit allen verfügbaren Machtmitteln jedem Versuch, die spärlichen Volksrechte zu schmälern, entgegenzutreten. Sie wird deshalb den Kampf gegen den geplanten Wahlrechtsraub energisch durchführen und zugleich der Forderung eines freiheitlichen Ausbaues unsres Staatswesens Geltung verschaffen. Dem reaktionären Treiben der Wahlrechtsumstürzler setzt sie die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts entgegen." —**

* Dresden, 8. Januar. Wie bestimmt verlautet, wird die sächsische Regierung Ende Januar oder Anfang Februar dem Landtag eine Vorlage betreffend die Reform des bestehenden sächsischen Wahlrechts vorlegen. —

Hd. Paris, 8. Januar. Die 102 Ergebnisse der Senatswahlen verteilen sich folgendermaßen: Die Linksrepublikaner erhielten 70 Sitze, die Oppositionellen 32. Die Linksrepublikaner haben im Departement La Manche einen an die Opposition verloren, dagegen insgesamt 3 Sitze gewonnen. Die reaktionären Oppositionsblätter äußern sich über den Ausgang sehr enttäuscht, denn sie hatten eine Reaktion der Wähler gegen die Trennung von Staat und Kirche erwartet. Drumont gesteht in der „Libre Parole" zu, daß die Einigkeit des republikanischen Blocks nicht erschüttert ist. Die radikale Presse ist durchweg befriedigt. —

* Brüssel, 7. Januar. Für die nächste Zeit erwartet man einen Grubenarbeiter-Ausstand, da die Direktoren sich weigern, die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung zu bewilligen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ausstand für alle Kohlenbezirke Belgiens proklamiert wird. —

H. Lublin

Montag Dienstag Mittwoch

Kurzwaren-Räumungsverkauf

Montag Dienstag Mittwoch

ca. **9000** Rollen **Untergarn** 1000 Yds. 20—36 . . **10** Pf.
ca. **6000** Rollen **Nähgarn** extra große Rollen . . . **3** Pf.
1 Posten Chappeseide schwarz und farbig Docke **1** Pf.
Chappeseide Kreuzwickel, alle Farben . . . Rolle **2** Pf.

Samtband
schwarz, Stück = 12 Meter
mit Schlingdraht-Kante 4 6 8 10 12 20 30 40 50
Stück 20 23 26 29 32 46 55 65 75 Pf.

ca. **2500** Stück **Haarpagen** . früher 10, jetzt 3 und **1** Pf.

ca. **1500** Stück **Vorsteckkämme** hell- und dunkelblond früher bis 1.00 Mk. jetzt 35 25 15 Pf.

55 Dtzd. **Ankerknöpfe** Gold und Silber Dtzd. **1** Pf.

Zentimetermasse

	Wachstuch	Leinen	Köper
Stück	2 Pf.	8 Pf.	20 Pf.

Baumwoll. Köperband weiß, schwarz, Stück = 8 Mtr. **4** Pf.
Baumwoll. Köperband breit, weiß, schwarz Stück = 4 Mtr. **2** Pf.
Halbleinen-Band weiß, alle Breiten, 2 Stück **5** Pf.
Halbleinen-Band pr., Stück à 6 Mtr.

	½	¾	1	1½	2	3
Stück	5	5	6	7	9	10 Pf.

Schürzen-Band Stück à 2½ Mtr. . . . . **3** Pf.

Batist-Band blau, rosa, rot, weiß, Stück à 10 Mtr., Stück

	3	5	7	8
	10	12	14	18 Pf.

Nähnadeln 4 Briefe = 100 Stück . . . . . **2** Pf.
Nähnadeln mit Goldöhr, 4 Briefe = 100 Stück . . . **3** Pf.
Stecknadeln auf rosa Papier, 200 Stück . . . . . **3** Pf.
Stecknadeln Messing, Brief . . . . . **1** Pf.
Haarnadeln schwarz lackiert, ca. 100 Stück . . . . **4** Pf.
Haarnadeln mit geschliffenen Spitzen, 4 Br. = 100 Stück **5** Pf.
Lockennadeln schwarz, gewellt, 3 Pakete . . . . **1** Pf.
Lockennadeln prima, Paket = 25 Stück . . . . **3** Pf.
Sicherheitsnadeln [illegible]
Schmucknadeln [illegible]
Haken u. Oesen schwarz, 2 Briefe . . . . . **3** Pf.
Haken u. Oesen versilbert, Brief . . . . . **3** Pf.

ca. **4000** Dtzd. **Druckknöpfe** schwarz und weiß Dtzd. **2** Pf. früher Wert bis 18 Pf.
ca. **7000** Dtzd. **Druckknöpfe** mit einfachen u. Doppelfedern, schwarz u. weiß jetzt Dtzd. **5** Pf.
ca. **1600** Paar **Taillenverschlüsse** schwarz, weiß, grau . . Paar **5** Pf.
Ein Posten Taillenstäbe . . . . . Dtzd. **2** Pf.

ca. **20 000** Mtr. **Schutzborte** Mohär, schwarz und farbig Mtr. **2** u. **3** Pf.
ca. **7 000** Mtr. **Schutzborte** Mohär, schwarz und farbig, glatt und gemustert, Extra-Qualität . . . Mtr. **4** Pf.
ca. **200 000** Mtr. **Schutzborte** Mohär, glatt und gemustert, schwarz und farbig, mit breitem Band, beste Qualität . . . . Mtr. **6** Pf.

ca. **300** Paar **Armblätter** imprägniert . . Paar **3** Pf.
ca. **700** Paar **Armblätter** Doppeltrikot imprägniert . . . Paar **10** Pf.
ca. **500** Paar **Armblätter** Satin, gestreift imprägniert . . . Paar **12** Pf.
ca. **1000** Paar **Armblätter** Trikot, mit Ia. roter Gummiplatte . Paar **10** Pf.
ca. **1300** Paar **Armblätter** Doppeltrikot, mit Ia. roter Gummiplatte . . Paar **17** Pf.

ca. **1500** Stück **Emaille-Broschen** 2 Stück = **5** Pf.
ca. **15 000** Stück **Schneiderkreide** Karton à 50 Stück **20** Pf.

ca. 600 Meter **Spitzen** Spachtel und Valenciennes früher bis 4.50, jetzt **5 10 25 50** Pf.

Stickerei-Enden

Gummiband-Enden
kariert, passend für 1 Paar . **5** u. **14** Pf.
gekraust, passend für 1 Paar . **10** u. **18** Pf.

Seidenband-Enden

ca. 50 Stück **Echte Straussfeder-Boas** zur Hälfte des früheren Wertes

ca. 650 Stück **farbige Wäschebesätze** Stück = 10 Meter **20** u. **25** Pf.

ca. 250 Stück **weisse Hemdenspitzen** pro 20 Meter **25 35 40 50** Pf.

1 Posten **Damen-Samt-Stehkragen** Stück **10** Pf.

5 Stück **Satin-Paspel** . . . **10** Pf.
5 Stück **Seiden-Paspel** . . . **25** Pf.

ca. 60 Stück **Schottische Rock-Volants** 2 Meter weit **1.50**

ca. **1500** Meter **Passementerie-Besatztressen** früher bis 75 Pf., jetzt **10** u. **5** Pf.
ca. **2000** Meter **coul. wollenen und seidenen Besatz** früher bis 75 Pf., jetzt **10 5 2** **1** Pf.
ca. **500** Meter **schwarze Perlenbesätze** früherer Wert bis 1.00, jetzt **10 5** **2** Pf.
1 Posten **farbige Ornamente** früherer Wert bis 1.35, jetzt **15 10 5 2** **1** Pf.
1 Posten **mattte und Perl-Eiffelzacken** früherer Wert bis 1.25, jetzt **15 10 5** **2** Pf.
ca. **4500** Meter **Plüschrollen** früher bis 45 Pf., jetzt **5** u. **2** Pf.
ca. **1750** Meter **Krimmer-Besätze** bis 6 cm breit früherer Wert bis 1.00, jetzt **15 10 5** **2** Pf.

Papp-Maché-Hosenknöpfe . . . . Dutzend **1** Pf.

ca. **1500** Meter **Liberty-Band** reine Seide, 11 cm breit Meter **25** Pf.
ca. **600** Meter **Seiden-Krawattenband** Meter **5** Pf.
ca. **400** Meter **reinseidenes schottisches Band**

	ca. 11 cm	ca. 15 cm
früher Wert	1.00	1.50
jetzt Meter	60	75 Pf.

ca. **300** Meter **reinseidene Pongés** früher 90 jetzt **40** Pf.
ca. **200** Meter **farbige Plüsche** . . . . . Meter **50** Pf.
ca. **500** Meter **Gaze- und Gitterschleier** früher bis 2.00 jetzt **40** und **10** Pf.

Poröse Kragen-Einlagen schwarz, weiß, grau . . . . . Meter

	5	6	7 cm breit
	9	11	13 Pf.

Messing-Hosenknöpfe . . . . . 2 Dutzend **3** Pf.

ca. **3000** Dutzend gestickte baumwollene u. seidene **Wäsche-Monogramme** Dutzend **2** Pf.

ca. **150 Chiffon-Schals und -Lavalliers** früherer Wert bis 2.25, jetzt **1.00 75 50** **25** Pf.
1 Posten **Damen-Chemisettwesten** früherer Wert bis 3.00, jetzt **1.00** u. **50** Pf.
1 Posten **farbige Chiffon-Rüschen und -Volants** früherer Wert bis 75 Pf., jetzt **10** Pf.

ca. **1600** Meter **Wäscheschrankstreifen** auf Kongreßband gestickt, in hellblau, marineblau u. rot Meter **8** Pf.

ca. **3000** Meter **Madapolam-Doppelstoff-Languetten** . ca. 2 cm breit, Stück à 4½ Mtr. = **35** Pf.
Schleifenlanguetten ca. 2½ cm „ „ à 4½ „ = **45** Pf.

Nickel-Hosenknöpfe . . . . . Dutzend **2** Pf.

ca. 1000 Pfund weiches Winter-Strickgarn Pfund 1.65